16. Ausgabe
März / April 1992
2,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



Braunzone

Zum Beispiel:
Uni Bonn • Siemens-Stiftung •
Menschenrechte • Burschenschaften •
Vor- und Frühgeschichte • ....

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck:Interdruck, Hannover
Tel. 0511/ 34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Unmittelbar vor Drucklegung der Nummer 16 des Rechten Randes flimmern die Landtagswahlergebnisse über den Bildschirm. Befürchteten wir doch, daß es den sogenannten "Republikanern" gelingen könnte, in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen. Erschrecken dann angesichts der Höhe des Ergebnisses. Mit dem Wahlerfolg der neofaschistischen DVU hatte niemand gerechnet. Höhere Wählerzustimmung als Ende der 60er Jahre für die NPD bescheren den Rechtsradikalen 21 Landtagssitze.

Die Rechtsentwicklung (spätestens seit Deutschland wieder wer ist) hat damit auch wahlpolitisch ihren eindeutigen Niederschlag gefunden. Erste Kommentare, machen eine Ursache für den Wahlerfolg der Neofaschisten bei der CDU aus: "Die CDU hat mit der Asyldebatte Wasser auf rechte Mühlen geleitet" (Engholm). Mit Sicherheit eine zutreffende Behauptung. Aber andererseits nur die halbe Wahrheit. Hat nicht auch kurz vor der Wahl der Münchner SPD-Oberbürgermeister Kronawitter eine Änderung des Asylrechts gefordert? Und hat nicht der "Zählappell" der schleswig-holsteinischen SPD-Landesregierung dafür Sorge getragen, das Bild des auf Kosten der Deutschen schmarotzenden Ausländers zu pflegen? Der Versuch, mit diesen Maßnahmen Wählerstimmen am rechten Rand einzufangen, dürften hingegen kontraproduktiv gewirkt und das "Wahlvolk" eher darin bestärkt haben, den am radikalsten erscheinenden "Ausländer-raus"-Parolen der Schönhubers und Freys zuzustimmen. Auf die Erkenntnis, daß mit einer aus wahltaktischen Erwägungen vollzogenen Annäherung an rassistische und nationalistische Positionen langfristig lediglich die faschistischen Erfolge vorbereitet werden, dürfen wir aber wahrscheinlich umsonst warten.

Vielmehr zeichnen sich bereits Tendenzen einer weiteren Rechtsentwicklung ab. Gedankenspiele bezüglich einer Koalition zwischen CDU, FDP und Grünen bzw. einer Großen Koalition machen die Runde.

Obwohl sich die etablierten Parteien anfangs noch etwas zieren werden, ist - aus "Verantwortung für die Demokratie" und, um den "Republikanern" keine wichtige Rolle zukommen zu lassen, - eine Zusammenarbeit zwischen CDU, SPD und Grünen nicht auszuschließen. Getragen von dem Wunsch, WählerInnen aus dem rechtsextremen Spektrum zurückzugewinnen, wird jedoch eine weitere Rechtsentwicklung. Ein Aufgeben antifaschistischer, antirassistischer Positionen und warscheinlich auch eine Zustimmung der SPD zu einer Änderung des Grundrechts auf Asyl dürfte zu erwarten sein.

Derartige Bestätigungen rassistischer Parolen und Forderungen durch die etablierten Parteien wird ängerfristig zu einer weiteren Stärkung der Rechtsradikalen führen.

Eine antifaschistische Bewegung wird vor diesem Hintergrund gefordert sein, den Vorstellungen einer "völkischen Homogenität der Deutschen" entgegenzutreten, für die Forderung nach gleichen Rechten für alle in der BRD lebenden Menschen und gegen eine Aufhebung des Grundrechts auf Asyl vehementer einzutreten.

Sie wird gefordert sein, rechtsextremen, rassistischen und nationalistischen Positionen entgegenzutreten, auch wenn sie aus etablierten Kreisen vertreten werden.

Sie wird gefordert sein, die Bemühungen der Rechtsradikalen, organisatorische Strukturen zu schaffen, zunichte zu machen und massenorientierte Veranstaltungen der Rechten zu verhindern.

Sie wird gefordert sein, die Verbindungen der Rechtsradikalen zu Konservativen, zu etablierten gesellschaftlichen Institutionen offenzulegen und durch öffentlichen Druck zu unterbinden.

Die antifaschistische Bewegung wird aber auch gefordert sein, humanistische und glaubwürdige Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln, aus dem Insider-Ghetto herauszukommen und den Kampf um das Massenbewußtsein wieder aufzunehmen!

Ein Wort in eigener Sache

Durch allgemein steigende Preise sind wir gezwungen, unseren Verkaufspreis ebenfalls zu erhöhen. Von der nächsten Ausgabe an wird der Einzelpreis für den "Rechten Rand" 2,50 DM und ein Jahresabonnement 19,00 DM betragen. Wir bitten unsere LeserInnen um Verständnis und versichern, daß nach wie vor weder AutorInnen noch HerausgeberInnen an der Zeitung etwas verdienen - im Gegenteil.

Redaktionsschluß für die Nr. 17 ist der 18. Mai (bis dahin müßten auch später eingehende Artikel mit der Redaktion abgesprochen sein). Erscheinungstermin ist der 15. Juni.

Wie in jeder Ausgabe bitten wir auch dieses Mal um Unterstützung. Bitte unterstützt uns durch Artikel (möglichst vorher mit der Redaktion absprechen - Tel. siehe Impressum), sendet uns Berichte und Fotos von Aktivitäten der Neofaschisten, aber auch von antifaschistischen Aktionen! Teilt uns möglichst langfristig mit, wenn Ihr in Eurer Region Antifa-Konferenzen, Demos oder Veranstaltungen plant - so daß wir darauf im Vorfeld hinweisen können.Und natürlich können nach wie vor Freiverkaufs- und Werbeexemplare (= ältere Ausgaben) angefordert werden. Postkarte genügt!

Volkmar Wölk

"Heinrich, mir graust vor Dir" (Goethe)

Über die wechselvolle Vergangenheit eines neurechten Theoretikers

Meiers gibt es viele in Deutschland. Auch der Vorname Heinrich ist nicht eben selten. **Heinrich Meier** ist trotzdem unverwechselbar. Der Nachfolger von **Armin Mohler** als Geschäftsführer der Carl Friedrich von Siemens-Stiftung in München stellt etwas dar. Einen Namen hat er spätestens seit seiner wissenschaftlich hervorragenden Textedition des "Diskurs über die Ungleichheit" von Jean-Jacques Rousseau. Sein Ruf in der "Neuen" Rechten seitdem resultiert vor allem aus der Tatsache, daß ihm mit seinem Kommentar zum Text gelungen ist, Rousseau von den Füßen auf den Kopf zu stellen und als Vorläufer der Neuen Rechten hinzustellen. So etwas beeindruckt selbst einen alten Haudegen wie Armin Mohler, der immerhin der französischen Neuen Rechten ihr Gedankengut vermittelte. Er schlug Meier zu seinem Nachfolger vor und bedachte ihn zudem mit einem ausdrücklichen Dank in der Neuauflage seines Standardwerkes "Die Konservative Revolution in Deutschland". Die Franzosen mochten nicht nachstehen. Ein enger Kontakt mit der "Nouvelle Ecole" war geradezu unvermeidlich.



Wer nähere Informationen zu der vom Siemenskonzern unterhaltenen Carl-Friederich-von-Siemens-Stiftung sucht, sei hier verwiesen auf den 1991 im Buch "In bester Gesellschaft" erschienenen Artikel von P. Kratz "Siemens zum Beispiel -

Anfang der siebziger Jahre im heimatlichen badischen Ottoschwanden bei Freiburg hätte Meier von einer solchen Entwicklung wohl noch nicht einmal zu träumen gewagt. Damals war der Schüler Meier soeben zum Schriftleiter der Schülerzeitung "Im Brennpunkt" avanciert. Trotz einer relativ hohen Auflage von ca. 10.000 Exemplaren war es doch noch immer eine Auszeichnung, wenn sich ein schon überregional bekannter neofaschistischer Aktivist wie **Hans-Michael Fiedler** an ihn mit der Bitte um Zusendung von Exemplaren des Freiburger Schülerblättchens wandte und gleichzeitig dessen Chefredakteur aufforderte, Fiedlers Aufruf zur Unterstützung "nationalkonservativer Jugendarbeit" zu unterstützen. Auf Meier aufmerksam geworden sein mag Fiedler durch seinen Mitstreiter **Dietrich Murswiek**. Beide arbeiteten als Schülerreferenten im "Ostpolitischen Deutschen Studentenbund", der Nachwuchsorganisation des Bundes der Vertriebenen an den Universitäten. Der damalige Jurastudent in Heidelberg Murswiek, zugleich Kandidat für den Nationaldemokratischen Hochschulbund, Mitglied der Deutschen Hochschulgilde und Funktionär der Deutschen Jugend des Ostens, gehörte zur Redaktionsmannschaft von Meiers Schülerzeitung. Nicht nur Meier machte Karriere. Heute ist das CDU-Mitglied Murswiek Jura-Professor in Freiburg und wurde von den Grünen als Gutachter bei deren Verfassungsklage gegen das Wahlgesetz zur letzten Bundestagswahl herangezogen. "Im Brennpunkt" entwickelte sich nach der Trennung von Murswiek erst recht zum expandierenden Unternehmen. Zahlreiche Lokalredaktionen, vor allem im süddeutschen Raum entstanden. Zahlreiche der damaligen Mitstreiter Heinrich Meiers haben noch heute einen Namen in der neofaschistischen Szene. An einige von ihnen möchte er wahrscheinlich lieber nicht mehr erinnert werden. **Harald Thomas**, heute Schriftleiter der Zeitschrift "Zeitenwende", vom "Nationaleuropäischen Jugendwerk" mit deutlicher NPD-Nähe gehörte ebenso zu den Mitarbeitern wie **Theo Reisel** vom gleichen Verein. Die Nachwuchskraft des völkischen Witikobundes **Bernd Kallina** arbeitete gemeinsam mit dem JN-Funktionär **Rudolf Enßlen**. Nicht vergessen werden soll in dieser Aufzählung auch **Werner Braun**, der damals in Karlsruhe lebende Vorsitzende der Deutsch-Völkischen Gemeinschaft, der später wegen seiner ANS-Aktivitäten einschlägig verurteilt wurde. Braun lebt zwar inzwischen im spanischen Barcelona, wo NS-Propaganda noch ungehinderter betrieben werden kann, doch mag er die Informationen aus der Heimat nicht missen. Er gehört zum Abonnentenkreis der "Neuen Front", der neonazistischen "Bewegung". Die Wege dieser Mannschaft haben sich zwar getrennt, geblieben ist jedoch bei allen die Arbeit am neofaschistischen Projekt. Die steilste Karriere dabei hat derjenige gemacht, der schon damals der Schriftleiter war: Heinrich Meier. Ein guter Anfang verpflichtet.

Der Anfang war sogar sehr gut. Mit einer Auflage von 10.000 war "Im Brennpunkt" das erfolgreichste Schülerzeitungsprojekt im Neofaschismus. Nicht nur neofaschistische Verlage und Organisationen halfen werbend, auch Firmen wie "MM" ("Der Sekt mit dem gewissen Extra"), die Sherry-Firma Sandeman, der Klett-Cotta Verlag, der CDU-nahe Seewald Verlag und die Deutsche Bundesbahn folgten der Aufforderung der Zeitungsmacher "Nehmen Sie die Linke in die Zange". Die direkte Nähe zur "Hilfsgemeinschaft für Rudolf Heß" störte offensichtlich wenig.

Da zugleich prominente Autoren wie **Wolfgang Strauß**, der US-amerikanische rassistische Professor **Arthur Jensen** und der berufsmäßige Antikommunist **William S. Schlamm** als Autoren gewonnen werden konnten, blieb die Anerkennung durch den etablierten Neofaschismus nicht aus. Das österreichische "Nationale Ideologie-Zentrum" stiftete einen Förderpreis in Höhe von 2000 DM. 1972 erfolgte die Übergabe der Fördergabe der Gesellschaft für freie Publizistik in Höhe von diesmal 1000 DM in München. **Gerd Sudholt**, der sich heute angeblich vom Neofaschismus gelöst haben will, überreichte damals den Preis. Meier dagegen distanzierte sich nicht, er dehnte seine neofaschistischen Kontakte auf sein engstes persönliche Umfeld aus. 1981 - 85 lebte er in Pinneberg. Dort heiratete er auch die Tochter der ehemaligen Reichsarbeitsdienstleiterin **Wibke Neupert**. Mutter Neupert arbeitete unter dem Pseudonym **Wibke Stelling** für "Nation Europa", die "Deutsche Wochenzeitung" und die "Deutschen Nachrichten" der NPD.

Über diese Phase war der Schwiegersohn längst hinaus. Schon als Schülerzeitungsredakteur hatte er vorwiegend die intellektuell anspruchsvollere Literatur des Neofaschismus rezensiert. Ein **Konrad Lorenz** ist allemal respektabler als ein **Jürgen Rieger**, auch wenn Meier als Ergebnis der Lektüre

auf der Titelseite über "Schwarzer Rassismus" klagte. Nein, seine Erkenntnis "Der Feind steht links!" machte ihn nicht nur später brauchbar für die Firma Siemens, sie führte ihn auch zu der Erkenntnis: "Nirgendwo hinterläßt der 'Duft' der bornierten linken Welt eine intensivere Note als bei der unausgesetzen Diffamierungskampagne gegen einen angeblichen weißen Rassismus." Rassismus wird für ihn mit Internationalismus gleichbedeutend, da dieser zur Völkervermischung und damit zum "Völkermord" führe. Hauptgegner ist für ihn schon im jugendlichen Alter der Liberalismus. Damit stimmt er sicherlich noch heute mit seinem Lehrmeister Armin Mohler überein, obwohl ihn dieser inzwischen, will man Erzählungen aus dem Umfeld glauben, als "zu weich" kritisiert. Dabei hatte es Meier in der Vergangenheit doch wahrlich nicht an Deutlichkeit fehlen lassen: "Die bisherige Geschichte war nicht zuletzt eine Geschichte von Rassenkämpfen."

Im Gegensatz zu manchen seiner damaligen Mitstreiter führte Meiers Weg weder zur alten Rechten, noch zur CDU, weder zu relativ einflußlosen Denkzirkeln, noch zum militanten Faschismus im Umfeld von Michael Kühnen. Die neurechten Tendenzen waren schon früh unübersehbar. Zeichnungen des engen Mitarbeiters des Nationalrevolutionärs Ernst Niekisch zierten das Deckblatt von "Im Brennpunkt". Typische Bildunterschrift: "Nur über die Knochen des Imperialismus führt der Weg zur Freiheit Deutschlands". Zwar ließ sich Heinrich Meier noch stolz mit der Fahne der Jungen Nationaldemokraten fotografieren, doch waren es eher Nationalrevolutionäre wie Wolfgang Strauß und **Henning Eichberg**, ebenfalls Mitarbeiter von "Im Brennpunkt", die sein Denken mit den Polaritäten extremer Antikommunismus und Ablehnung des westlichen "way of life" prägten. 1971 erleben wir Heinrich Meier als Mitglied des Exekutivrates der nationalrevolutionären Miniaturorganisation "Solidaristische Offensive".

Wieder einmal zeigt sich, wie klein die Welt doch ist. Kollege Meiers im Exekutivrat war der heute 47jährige **Bernhard Pauli**. Auch dessen Karriere begann in Freiburg. Dort gehörte er zu den Mitbegründern des Nationaldemokratischen Hochschulbundes. Noch vor dessen Gründung war es ihm gelungen, Chefredakteur der Zeitung des ASTA zu werden. Nach erfolgter Enttarnung flog er. Die NPD und ihr Umfeld allerdings erschienen bald zu lasch. Pauli wurde der Initiator der Nationalistischen Front und dort führender Funktionär bis zum Bruch mit der Gruppe um den heutigen Generalsekretär **Meinolf Schönborn**.

Ohne Bruch endete wohl die Beziehung zwischen Pauli und Meier. Gedruckt durch den Wittener Neonazi **Kathagen** erschien Anfang 1971, herausgegeben vom Zweigespann, die Broschüre "Theorie des Widerstandes. Der notwendige Widerstand heißt Angriff". Der Autor schrieb unter dem Pseudonym **"Einhart Möller"**. In der Szene war es ein offenes Geheimnis, daß Pauli sich dahinter verbarg. Die Vetriebsadresse für die Broschüre war identisch mit der von "Im Brennpunkt". Nach dem dort geschilderten Konzept verfährt Meier noch heute in seinem neuen Amt. Im Schlußkapitel heißt es: "Widerstand... bedeutet Ausübung größtmöglichen psychischen Drucks und die Einleitung kommender Entwicklungen, neuer Einsichten und Formen auf der Rechten. Vorparlamentarischer Widerstand wird den Durchbruch zu einer optimalen parlamentarischen Rechtsbewegung zu bringen haben, die sich durchsetzt und die drängenden Probleme Deutschlands und Europas lösen hilft oder löst."

Eine Lebensgeschichte mit Kontinuität. Der Großkonzern Siemens hat eine richtige Wahl getroffen. ◪

Anton Maegerle

Neuformierung der Neokonservativen

"Think-Tank" von Neokonservativen: der "Förderverein KONSERVATIVE KULTUR UND BILDUNG e.V."

Ein Förderverein KONSERVATIVE KULTUR UND BILDUNG e.V." mit gesamtdeutschem Aktionsradius ist jüngst in Bielefeld gegründet worden. Der Konzeption des Verein, mit bisherigen Außenposten in Bad Hersfeld und Jena, liegt die von der sogenannten "Neuen Rechten" angeeignete Erkenntnis des italienischen Marxisten Antonio Gramsci zugrunde: "Keine politische Macht ohne kulturelle Hegemonie."

Ziel des überparteilich-neokonservativen und überkonfessionellen Bielefelder Vereins "ist die Wiederherstellung der Gesellschaftsfähigkeit des geistig-kulturellen Konservatismus in Deutschland - in den vergangenen Jahrzehnten sowohl von außen zerschlagen als auch selbst verspielt worden - als Voraussetzung für erneuerte Politikfähigkeit."

Der Verein, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt, befindet sich technisch noch in der Aufbauphase. Nach Eigenangaben reicht das Themenspektrum von "Menschenwürde und Lebensrecht über Familie, Heimat, christliches Ethos, freiheitlich-rechtsstaatliche Erziehung der Jugend, Stärkung traditioneller Werte, Pflege des nationalen kulturellen Erbes bis zur Auseinandersetzung mit den Massenmedien, Fragen von Sicherheit und Ordnung, dem geistigen Kampf gegen freiheits- und friedensgefährdende extremistische Ideologien und die innere Wiedervereinigung unseres Volkes vor dem Hintergrund der Geschichte."

Kuratoriumsmitglieder sind **Christa Meves**, **Hans Graf Huyn**, Prof. **Karl Steinbuch**, **Caspar von Schrenck-Notzing**, Pater **Groppe SJ**, Kuratoriumssprecher ist **Gerhard Löwenthal**.

Nach Angaben der seit 1970 in München erscheinenden Zweimonatszeitschrift "Criticon. Konservativ heute" (Nr. 129) befinden sich auch Informations-, Veranstaltungs-, Kontakt-, Zeitschriften- und Referentendienste als Service-Leistungen für Multiplikatoren der neokonservativen Szene im Aufbau. Nach außen soll so die öffentliche Wirkung und die Einflußmöglichkeit des geistig-kulturellen Neokonservatismus vergrößert und nach innen die vorhandenen Potentiale mit mehr qualifizierter Information sowie verbessertem Kontakt und Austausch besser verknüpft werden.

Ein "Konservatives Büro" soll eigens zu diesem Zweck als Einrichtung des Vereins geschaffen werden.

Angeblich haben die Neokonservativen um Schrenck-Notzing und Löwenthal auch die Möglichkeit, in einem Schloß in den neuen Bundesländern ein Kultur- und Bildungszentrum einzurichten.

Junge Konservative

Wiedergegründet wurde der "Arbeitskreis der konservativen Jugend Münchens", der von 1986 bis 1988 bestand; unter dem Namen "Jungkonservativer Club" führt er seit Dezember 1991 jüngere Criticon-Leser "zu zwanglosem Gedankenaustausch und gegenseitigem Kennenlernen" zusammen.

Reaktiviert wurde der seit 1988 bestehende "Konservative Arbeitskreis Gießen/Mittelhessen", der sich aus Lesern der Zeitschriften "Criticon" und "Junge Freiheit" (Erscheinungsort: Stegen bei Freiburg) sowie Vertretern verschiedener regionaler konservativer Verbände zusammensetzt.

Veranstaltungen dieses rechten Nachwuchses finden im Haus der Burschenschaft Dresdensia-Rugia in Gießen statt.

Hein Brand

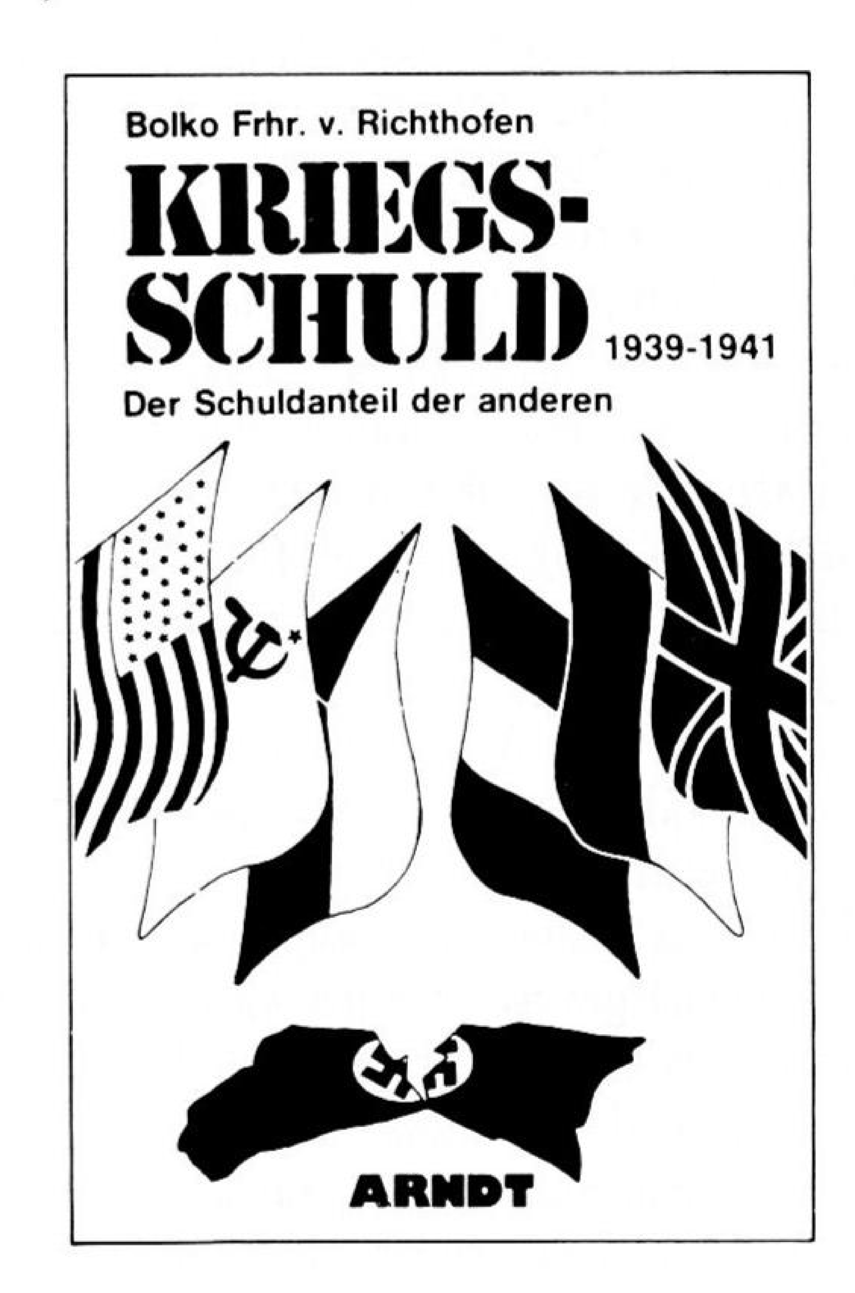
Die Vor- und Frühgeschichte als "hervorragend nationale Wissenschaft"

Prof. Dr. **Gustaf Kossina** war es, der diese Definition zur Instrumentalisierung eines Zweiges der Geschichtswissenschaft traf. Kossina war es auch, der zum Zweck des Nachweises der Überlegenheit der nordischen Kultur 1909 in Berlin die "Deutsche Gesellschaft für Vorgeschichte" gründete. Als deren Organ erschien bald die Zeitschrift "Mannus", die im wissenschaftlichen Gewand versuchte, völkische Denkstrukturen zu untermauern. Wissenschaftlich begründet zu argumentieren, als einzige ein wissenschaftliches Weltbild zu besitzen, ist speziell der Anspruch der Neofaschisten von heute, in einer Welt, die Wissenschaftlichkeit und Exaktheit auf allen Gebieten einfordert, wollen diese ernstgenommen werden. Die Wiederbelebung von Kossinas Gründung war eine logische Konsequenz. Seit 1968 besteht die Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte (Bonn). Ihr Organ heißt wiederum "Mannus".

Der Prähistoriker Gustaf Kossina (1858 - 1931) übte mit seiner Arbeit einen starken Einfluß auf die Nordische Bewegung in Deutschland aus. Mit starken Worten führte dieser den Kampf gegen die "Barbarenthese", also gegen die Behauptung, die Germanen hätten ihre kulturellen Errungenschaften, falls überhaupt vorhanden, Einflüssen des griechisch-römischen Kulturkreises zu verdanken. Schon zu seiner Zeit zeichnete sich allerdings ein Konflikt ab. Die einen, wie Kossina, beharrten sektiererhaft auf dem Vorrang der von ihnen konstruierten "Nordischen Rasse". Die anderen lösten das Problem eleganter, indem sie schlicht die Römer zum "nordisch bedingten" Volk erklärten. Veröffentlichungen wie die 1927 erschienene "Rassenlehre" von **Karl Felix Wolff** in der "Mannus-Bibliothek" (auch sie wurde inzwischen revitalisiert) belegen, daß sich die damaligen "Forschungen" in den Kontext des völkischen Rassismus einreihten. Die Konfliktlinie, die hier beschrieben wurde, setzt sich jedoch bis in die Gegenwart fort.

So beklagt sich **Jürgen Spanuth**, ehemaliger Pastor aus Bordelum und nach eigenen Aussagen seit Jahrzehnten Mitglied der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte, bitter darüber, daß seine Forschungen in der Gesellschaft nicht ernst genommen werden. Dabei war gerade er es, der mit seinen zahlreichen Veröffentlichungen für eine Popularisierung der These gesorgt hat, die Germanen seien nicht nur Kulturträger, sondern vor allem Kulturträger gewesen. So heißt es zu seiner jüngsten Veröffentlichung "Die Rückkehr der Herakliden. Das Erbe der Atlanter - Der Norden als Ursprung der griechischen Kultur", erschienen wie die Mehrzahl seiner Werke im neofaschistischen Grabert-Verlag (Tübingen) bereits im Klappentext: "Gewaltige Naturkatastrophen lösten gegen Ende des 13. Jahrhunderts v. Chr. große Völkerwanderungen aus, in deren Verlauf nordische Seevölker von den norddeutsch-skandinavischen Küsten in das östliche Mittelmeer gelangten (...) Teile siedelten später in dem bereits früher durchzogenen Griechenland, wo ihre Nachfahren die klassische griechische Kultur schufen." Immer wieder spielt in der Auseinandersetzung um Spanuths umfangreiches Werk, dessen These eine Rolle, Atlantis entdeckt zu haben, zuletzt in der Jahreshauptversammlung der Gesellschaft 1987.

Dabei hatte alles so vielversprechend angefangen. Den Vorsitzenden der Vorkriegszeit Gustaf Kossina, **Alfred Götze** und **Hans Reinerth**, dessen Werke heute im Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur (Strukkum) des Geschichtsrevisionisten **Roland Bohlinger** reeditiert werden konnte mit **Bolko Freiherr von Richthofen** bei der Neugründung 1968 ein würdiger Nachfolger zur Seite gestellt werden. Dieser faschistische Prähistoriker hatte sich weniger durch wissenschaftliche Leistungen als durch seine politische Vergangenheit und Flexibilität einen Namen gemacht. Das NSDAP-Mitglied Richthofen gehörte zum "Kampfbund für deutsche Kultur", wirkte als Zensor in der Prüfungsstelle des NS-Schrifttums und arbeitete für das Ahnenerbe der SS ebenso wie als Sonderbeauftragter im Spionagedienst "Fremde Heere Ost" des späteren Leiters des Bundesnachrichtendienstes **Reinhard Gehlen**. Wie dieser fiel Richthofen nach dem Krieg wieder auf die Füße. Er wurde Mitglied der CSU und gehörte dem Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien an. Den Notwendigkeiten der Zeit entsprechend kümmerte er sich neben der Vor- und Frühgeschichte auch der Zeitgeschichte und versuchte durch Veröffentlichungen in neofaschistischen Verlagen, den Expansionismus Polens und dessen Mitschuld am Zweiten Weltkrieg nachzuweisen. Sein Engagement für die NPD führte schließlich 1972 zu seinem Ausschluß aus der Deutschland-Stiftung. So war er, nunmehr im Freiheitlichen Rat von **Gerhard Frey** und dessen Aktion Oder-Neiße aktiv, organisatorisch wieder angelangt, wo er politisch zeit seines Lebens beheimat war: im Faschismus.



In Buchveröffentlichungen versucht Richt-hofen, die Schuld für den 2. Weltkrieg bei anderen zu suchen

Rund vierhundert Mitglieder zählt der überalterte Verein heute. Zugleich ist er der Nachweis dafür, daß Überalterung und geringe Größe kein Indiz für ebenso geringe Wirkung sein müssen. Im Gegenteil läßt sich an seinem Beispiel zeigen, daß Gruppen wie die "Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte", weitgehend unbeachtet von der antifaschistischen Öffentlichkeit, eine wichtige Bündnisaufgabe bei der Erringung der kulturellen Hegemonie haben, die die "Neue" Rechte in Anlehnung an ein Konzept des kommunistischen Theoretikers Gramsci propagiert. Die Uraltfaschisten treffen sich an dieser Schnittstelle mit der "Neuen" Rechten.

Der erwähnte Jürgen Spanuth wurde im Theorieorgan der französischen Nouvelle Droite, der "Nouvelle Ecole", ausführlich interviewt. Die Zeitschrift widmet der Vor- und Frühgeschichte sowie der Archäologie eigene Themenhefte. Der Kopf der Nouvelle Droite und eigentliche Führer ihrer Organisation GRECE, **Alain de Benoist**, gehört der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte ebenso an wie die Mitglieder des wissenschaftlichen Beraterkreises der "Nouvelle Ecole" Prof. **F.J.Los** (Niederlande) und der ehemalige Direktor am Lehrstuhl für Germanistik der Universität Hamburg Rehder **Heinz Carsten**. Bruchlos in dieses Bild der beabsichtigten Theoriebildung fügen sich ein die Mitglieder **Roger Pearson**, der die "Northern League" und **Jürgen Riegers** "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung unterstützt, und Prof. **Donald A. Swan** (USA), der

nicht nur an der rassistischen Zeitschrift "The Mankind Quarterly" mitarbeitete, sondern auch zu den Herausgebern von "Mannus" gehörte. Personen wie der südafrikanische Hirnforscher **F.J. Irsigler**, in der NS-Zeit tätig in Berlin-Buch, tauchen sowohl bei der "Nouvelle Ecole", "The Mankind Quarterly" als auch in "Mannus" als Autoren auf. Die rassistische Internationale existiert, sie arbeitet nur auf unterschiedlichen Gebieten. Die Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte gehört dazu.

In einem solchen modernisierten Konzept haben neben neurechten Aktivisten wie dem Belgier **Ralf van den Haute** oder dem österreichischen Germanentümler, Herausgeber der Zeitschrift "Pen Tuisko" ("Zeitschrift für deutsche Heiden") und Inhaber des Wehrmachtsmuseums Ardagger Dr. **Michael Damböck** aber noch immer die Altfaschisten ihren Stammplatz. Prof. **Hermann Wirth**, erst Präsident des Ahnenerbes der SS, später dessen Ehrenpräsident, gehörte bis zu seinem Tode ebenso dazu wie der ebenfalls nach Walhalla verzogene Dr. **Haye W. Hansen**, der eng mit dem Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes zusammenarbeitete, oder das ehemalige Parteivorstandsmitglied der verbotenen Sozialistischen Reichspartei **Eleonore von Wangenheim**.

Wo Rasseforschung betrieben und die "Kultur unserer Ahnen" erforscht wird, da ist meistens ein anderer Zweig des Neofaschismus nicht weit: dessen völkisch-religiöser Flügel. Auch hier reichen die Wurzeln zurück bis in die Weimarer Zeit und teilweise darüber hinaus zurück ins Kaiserreich. Auch wenn einige der völkisch-religiösen Aktivisten der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte in diesem geboren wurden, so sind sie doch mit der Zeit gegangen. Sie haben gelernt, daß sie untereinander in bestimmten Bereichen bündnisfähig sein müssen. Nur so ist es möglich, daß der Schwiegersohn der Sektengründerin **Mathilde von Ludendorff**, Freiherr **Karg von Bebenburg**, einträchtig zusammenwirkt mit den ehemaligen Leitern der "Artgemeinschaft" **Guido Lauenstein** (Fallingbostel) oder Dr. **Wielant Hopfner** (Iphofen), diese wiederum mit Mitgliedern des "Bund der Goden" oder des "Bund Deutscher Unitarier".

Schließlich ist eine der wichtigsten Forschungsstellen der völkischen Vor- und Frühgeschichtsforschung seit Jahrzehnten identisch mit einer der wichtigsten neugermanischen Kultstätten: den Externsteinen im Teutoburger Wald. Bereits die Nazis ließen dort buddeln und die spärlichen Ergebnisse, die durchaus nicht in ihrem Sinne sein konnten, publizieren. Ein Berliner Mitglied der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte gibt den Grabungsbericht heute wieder heraus. Vertreter anderer Richtungen sehen in den Externsteinen vor allem ein prähistorisches Observatorium. Zur Kultur der Germanen gehörte eben auch ihre Wissenschaftlichkeit.

Nicht weit von den Externsteinen betreibt **Burckhard Weecke** seinen Verlag. Weecke gehört zum Kreis um **Pierre Krebs**, den Kasseler Leiter des Thule-Seminars und war zeitweilig Chefredakteur der "Elemente". 1991 führte er an den Externsteinen die "2. Horner Fachtagung" durch. Über sie berichtet in der Zeitung "Rätsel der Heimat - Zeitschrift für Heimatforschung" des Österreichers **Franz Spilka** der Schleswiger **Dieter Vollmer**, langjähriger Aktivist sowohl des Weltbundes zum Schutze des Lebens als auch des Nordischen Ringes. Wie beim ersten Mal war **Ralf Koneckis** mit von der Partie, der in Weeckes Verlag publiziert.
Wie Koneckis betätigt sich auch der 89jährige Dr. **Heinz Ritter** (Schaumburg), ein selbsternannter Experte für die Sage über Didrik von Bern, noch bei einer anderen Gruppe, die Vor- und Frühgeschichte, besonders aber die Externsteine zu ihrem Thema gemacht hat, den in Seevetal ansässigen "Arbeits- und Forschungskreis **Walther Machalett**", der völkische Vorgeschichtsforschung mit esoterischem Hokuspokus koppelt. Hier geht es weniger, wie in Spilkas "Rätsel der Heimat", um den Nachweis, daß die katholische Kirche erst 1409 in Pisa gegründet wurde, es keine Urchristen, keine Jüger und auch keinen Jesus Christus gegeben hat, als mehr um die Wiederbelebung einer "altgermanischen" Kultur und deren Verknüpfung mit metaphysischen Theorien.
In Nachfolge von Walther Machalett pflegt dessen ehemalige Mitarbeiterin **Martha Fischer** dessen Theorie, an bestimmten "Kraftpunkte" der Erde, jeweils unterschiedlichen heiligen Stätten, wären Kraftlinien und charakteristische Strahlen wirksam und auch sichtbar. Zu diesen Stellen gehören neben den Externsteinen, der Hexenberg im südlichen Schwarzwald, die Cheopspyramide, die Steinreihen von Carnac und auch die Kathedrale von Chartres.
Trotz dieser gewiß im Neofaschismus nicht mehrheitsfähigen Ansichten ist es Martha Fischer gelungen, zu den jährlichen Treffen in Horn eine Reihe durchaus repräsentativer und zugkräftiger Referenten zu versammeln. **Hanna Joel**, deren Name sich auch im Notizbuch Michael Kühnens findet, führt morgendliche Runenübungen durch. Zu den Runen und ihrer Bedeutung hat auch **Willy G. Fügner** publiziert, der den Arbeitskreis Strahlenforschung des Vereins leitet. Neben Mitgliedern der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte finden sich Autorinnen des Grabert-Verlages wie Dr. **Elisabeth Gundrum-Neumann** oder **Dorothea Regber** als Referentinnen. Ergänzt wird das bunte Spektakel durch den Hannoveraner Professor und ehemaligen Bankprokuristen **Siegfried Hermerding**, der sich mit "metaphysischer Fotografie" beschäftigt. Er führt gleichzeitig regelmäßige Exkursionen zu heidnischen Kultstätten, oder Orten die er dafür hält, im norddeutschen Raum durch. Selbst das verschlafene Südharzdorf Scharzfeld bleibt von ihm und seinen Anhängern nicht verschont, da er dort eine "Ostara-Kultanlage" entdeckt hat. Den Eingeborenen ist der Ort schlicht als "Steinkirche" bekannt.
Der seit 1983 amtierende Vorsitzende der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte Dr. **Dieter Korell** (Bonn) würde es weit von sich weisen, mit metaphysischer Strahlenforschung in Verbindung gebracht zu werden. Er will vor allem als ernsthafter Wissenschaftler gelten. Sein Lehrauftrag an der Uni Dortmund ist dabei durchaus hilfreich. Veröffentlichungen wie "Die Ursachen für den Erfolgsverlust der Schule", "Die Entwicklung der deutschen Literatur aus soziologischer Sicht", psychiatriekritische Schriften oder die "Einführung in die Vorgeschichtskunde (für Studierende)" sollen den Eindruck nahezu universaler Bildung hervorrufen. Der ganz große Wurf soll eine von ihm herausgegebene mehrbändige "Geschichte des deutschen Volkes" werden. Zu den Mitarbeiter gehören u.a. solche ausgewiesenen Fachleute wie **Rolf Kosiek** (ehem. Landtagsabgeordneter der NPD) oder Prof. **Emil Schlee** (Europaabgeordneter, ehem. Republikaner). Schlee konnte durch Korell auch für sein jüngstes Projekt gewonnen werden, die "Vereinigung Verfassungstreuer Deutscher", die im September 1991 in Weimar eine Deutsche Volksversammlung durchführte. Neben Schlee konnte Korell noch auf einen weiteren prominenten Mitstreiter verweisen. Dem Vorstand der "Vereinigung Verfassungstreuer Deutscher" gehört auch Prof. **Hans Werner Bracht** (Bielefeld) an, der Vorsitzende des deutschen Ablegers des ultrakonservativen US-amerikanischen Braintrusts "Western Goals".

Wenn hier mehr Wert auf Verbindungen und Überschneidungen gelegt worden ist, dann aus dem Grunde, daß in der Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte weniger an Inhalten gearbeitet wird als an einem Bündnisprojekt. Es ist weniger entscheidend, die eine oder andere Einzelheit der germanischen Vorzeit zu entschlüsseln und eventuell für einen kleinen Kreis neofaschistisch nutzbar zu machen, als vielmehr die vielen verschiedenen Fraktionen zusammenzuführen, um in einem künftigen großgermanischen Reich die passende Geschichtsschreibung parat zu haben.



Karl Vierklang

Vertuscht - Neonazis in der Uni Bonn

Lange Zeit unterstützte die Universität Bonn im Rahmen des Studium Universale einen Arbeitskreis, der dem neonazistischen Spektrum in Bonn ein Forum für "kulturelle Veranstaltungen" bot. Als der Skandal um das ominöse Treiben dieses "Ost-West-Arbeitskreises" öffentlich zu werden drohte, löste die Kommission des Studium Universale die Arbeitsgemeinschaft, die unter dem Mentorat des Politologie-Professors Hans-Helmuth Knütter steht, im Oktober '91 sang und klanglos auf.

Es drängt sich der Verdacht auf, daß eine öffentliche Auseinandersetzung um den fragwürdigen Arbeitskreis, der in letzter Zeit immer wieder durch einschlägige Veranstaltungen aufgefallen ist (siehe Kasten), um jeden Preis vermieden werden soll. Selbst als sich am 23. September bei einem vom Arbeitskreis organisierten Liederabend mit dem Wiking-Jugend-Liedermacher **Frank Rennicke** die Crème de la Crème der Bonner Neonazis in Räumen der Universität versammeln konnte und das Studium Universale mit der Auflösung der Arbeitsgemeinschaft reagieren mußte, wurde die Öffentlichkeit nicht informiert. Erst vier Wochen später erschien eine Notiz im "General Anzeiger", die zwar vom Ende des Arbeitskreises berichtete, den eigentlichen Anlaß dafür aber nicht klarstellte: Angeblich sei es die Veranstaltung mit dem Antisemiten **David Irving** im Sommer gewesen, die dem Arbeitskreis das Genick brach. Der Aufmarsch der militanten Neonazis vom September bleibt unerwähnt.

Naziliederabend in der Uni

Man traf sich schon gegen 19.30 Uhr am Beethoven-Denkmal. Einige Dutzend Jugendliche marschierten zur Universität. "Mädels" im "völkischen" Outfit und männliche "Kameraden" in schwarzer Montur störten sich nicht an einigen Passanten in der Fußgängerzone, die sich in das Jahr 1933 zurückversetzt fühlten. Angekommen am Universitätsgebäude An der Schloßkirche 1 betrat die Mehrzahl der NeofaschistInnen das Haus, wobei einige männliche "deutsche Recken" an der Tür zurückblieben und argwöhnisch das Umfeld des Gebäudes in Augenschein nahmen. Offensichtlich wurden Störungen befürchtet.

Im Übungsraum 104 im ersten Stock des Gebäudes begann kurze Zeit später die Veranstaltung. Star des Abend war Frank Rennicke, der vor den Mitgliedern der Wiking-Jugend, FAP und der nationalgesinnten "Nerother Wandervögel" sein völkisch-rassistisches Liedgut zum besten gab. "Barde" Rennicke, selbst Jugendführer der Wiking-Jugend, sorgt seit Jahren auf zahlreichen neonazistischen Veranstaltungen für die "kulturell"-ideologische Gesinnungsmusik.



Frank Rennicke bei seinem Auftritt in Bonn

Im Publikum fand sich Lokalprominenz mit einschlägiger Erfahrung aus der Wiking-Jugend, so z.B. der ehemalige FAP-Führer **Stefan Niemann**, der heutige Kreisvorsitzende der FAP **Norbert Weidner**, sowie der FAP-Funktionär **Michael Springwald**, die im Bonner Raum zu den führenden Organisatoren der rechtsradikalen Szene gehören.

Die Veranstaltung des Ost-West-Arbeitskreises diente augenscheinlich auch zum Austausch vom einschlägigem Propagandamaterial. Vor und in dem Gebäude wurden Flugblätter der "Republikaner", Exemplare der rechtsextremen Kölner "Schülerzeitung" "Der Hammer" sowie Flugblätter der "Nationalistischen Front" verteilt.

Das angeblich "gesellige Beisammensein" des Ost-West-Arbeitskreises konnte diesmal von den verantwortlichen Stellen der Universität nicht ignoriert werden, da im Laufe des Abends eine Fensterscheibe des Übungsraumes zu Bruch ging.

Der gesamte Vorgang wird eine Reihe von Fragen auf.

Wie war es möglich, daß eine Einrichtung wie das Studium Universale eine Arbeitsgemeinschaft gewähren ließ, deren öffentliche Veranstaltungen mehr als fragwürdig sind? Und vor allen Dingen, wie geht es an, daß ein solcher Skandal, wie das Nazitreffen vom September, unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehandelt wird, wo sich doch das Studium Universale als Institution versteht, die "eine fruchtbare Wechselwirkung zwischen Universität und öffentlichem Leben" betreibt. Es ist außerdem nach wie vor ungeklärt, wer und was sich hinter dem ominösen

"Ein politischer Erfolg"

12.12.1990: "Ist Verzicht Verrat?": Rechtsextreme Veranstaltung zur "Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete" mit Referent Dr. Hans Dietrich Sander. Sander, auf dem Veranstaltungsplakat als "Welt-Redakteur" verbrämt, arbeitet gleich in mehreren vom Verfassungsschutzbericht erwähnten rechtsextremen Organisationen. So war er Chefredakteur der "Deutschen Monatshefte", ist Mitglied in der neonazistischen "Gesellschaft für freie Publizistik" und Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift "Staatsbriefe". Zudem publiziert er regelmäßig im "Neue Rechte"-Organ "Criticon".

30.7.1991: Veranstaltung mit dem antisemitischen Historiker David Irving zum Thema "Historischer Revisionismus". Irving, der seit Jahren Auschwitz leugnet, hat in zahlreichen Städten Redeverbot. Er tritt vornehmlich bei Veranstaltungen auf, die von der "Deutschen Volksunion" (DVU) oder von Michael Kühnens "Bewegung" organisiert werden.

23.9.1991: Liederabend mit Frank Rennicke. Rennicke, Mitglied der "Wiking-Jugend" gilt als "der" Liedermacher der Neonazis. Bereits am 21.2.91 gastierte Rennicke in Bonn. Dazu der "Wikinger", das Organ der Wiking-Jugend: "Diese Veranstaltung war insofern ein politischer Erfolg, als wir es schafften, unseren Fuß in die Tür des öffentlichen Lebens zu stellen und den Liederabend in staatseigenen Räumlichkeiten durchzuführen."

Arbeitskreis verbirgt und welchen Stellenwert er für die rechte Szene in Bonn besitzt.

Ominöser Arbeitskreis

Der "Ost-West-Arbeitskreis", der seit dem Sommersemester 1988 dem Studium Universale der Universität Bonn angegliedert ist und von Professor **Knütter** als Mentor betreut wird, versteht sich als "studentische Arbeitsgemeinschaft, die politische Bildung betreibt". Was genau sich hinter dieser schwammigen Formulierung verbarg, schien niemandem so recht klar zu sein - auch nicht der Kommission des Studium Universale. Diese mußte sich gleich in mehreren Kommissionssitzungen mit den nebulösen Aktivitäten des Arbeitskreises beschäftigen. Schon am 30. Oktober 1990 wurden - entgegen dem üblichen Verfahren - sowohl Professor Knütter, als auch der Vorsitzende des Arbeitskreises, Andreas Jahrow zur Kommissionssitzung des Studium Universale geladen, um die gewünschte Umbenennung der Arbeitsgemeinschaft in die noch nichtssagendere Bezeichnung "Politischer Arbeitskreis" zu erläutern. Nach der Veranstaltung mit **Hans Dietrich Sander** (siehe Kasten), für die durch ein Studium Universale-Plakat geworben wurde, kam es zum Eklat. Zur nächsten Kommissionssitzung am 16.4.1991 erschienen nicht nur Knütter und Jahrow, sondern auch **Ralf Küttelwesch**, der den Vorsitz des Arbeitskreises für das kommende Wintersemester übernehmen sollte. Die Kommission bedachte den Arbeitskreis mit einer Reihe von Auflagen, um das eigenmächtige und für die Universität kompromittierende Treiben zu reglementieren. So wurde beschlossen, daß die vom Arbeitskreis veranstalteten Vorträge durch einen Dozenten der Universität eröffnet werden sollten, daß die Plakatherstellung und Plakatierung nicht mehr in Eigenregie, sondern durch das Geschäftszimmer des Studium Universale zu erfolgen habe und daß in allen Veranstaltungen eine "faire wissenschaftliche Auseinandersetzung" angestrebt werden müsse.

Die so gesteckten Grenzen erwiesen sich allerdings als bloße Makulatur. Jahrow betitelte die folgenden Veranstaltungen ganz schlicht als "Mitgliederversammlung" oder "interne Treffen", verzichtete auf eine öffentliche Plakatierung und umging so den mageren Kontrollversuch der Universität. Andreas Jahrow und die anderen Verantwortlichen des Arbeitskreises, unter ihnen Ralf Küttelwesch, dessen stolze Politvergangenheit auch die Funktion des stellvertretenden Bundesführers des "Jugendbund Sturmvogel", einer Abspaltung der militanten Wiking-Jugend miteinschließt, ermöglichten auch weiterhin der rechtsextremen Szene in Bonn Zugang zu öffentlichen Räumen.

Der Mentor

Als Mentor des "Ost-West-Arbeitskreises" zeichnete Professor Hans-Helmuth Knütter vor der Kommission des "Studium Universale" verantwortlich. Ohne sein Mentorat wäre es dem Arbeitskreis nicht möglich gewesen, Veranstaltungen im Rahmen des Studium Universale in Räumen der Universität zu organisieren, Plakate und Flugblätter zu drucken und ihren Aktionen dadurch einen halboffiziellen Anstrich zu verleihen.

Professor Knütter erklärte sich zwar mit der Auflösung des Arbeitskreises nach dem Eklat vom September '91 einverstanden, schien sich aber zuvor mit den zweifelhaften Aktivitäten seiner Schützlinge nicht näher auseinanderzusetzen. Weder nach dem Diskussionsabend mit Sander noch nach der skandalösen Veranstaltung mit David Irving bot der Extremismusexperte Knütter dem extremistischen Treiben des Arbeitskreises Einhalt. Um so erstaunlicher, da Professor Knütter, geschäftsführender Direktor des Seminars für politische Wissenschaft, nicht nur im universitären Kontext in der politischen Meinungsbildung tätig ist. Bis 1990 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung, ist er derzeit am Umbau der Universität Greifswald beteiligt.

Knütters Forschungsschwerpunkt "Extremismus" bezieht sich wohl ausschließlich auf den Linksextremismus. Schon seit Jahren zieht er mit seiner zentralen These, daß der Antifaschismus wie kaum eine andere politische Strömung die demokratische Kultur der Bundesrepublik bedrohe, zu Felde.

Lisa Böhne:

Eine Lüge wird auch durch ständige Wiederholung nicht zur Wahrheit

Unter der Überschrift "Der Disput schwelt weiter" wird in der "Jungen Freiheit" Nr. 1/2-92 an der "Auschwitzlüge" weitergestrickt. Das hierbei verwendete Muster hat sich mehrfach bewährt. Den Anfang bildet eine "wissenschaftliche Untersuchung", in diesem Falle der "Leuchter Bericht", deren gesamte Wissenschaftlichkeit sich häufig darin erschöpft, daß sie von einem "Doktor" oder "Professor" aus dem "Neo"faschismusbereich verfaßt wurde. Widerlegungen der Geschichtsfälschungen werden nicht zur Kenntnis genommen. Als nächster Schritt wird nach einer gewissen Zeit der dubiose Inhalt nicht mehr erwähnt, sondern einfach unterstellt, daß dessen Wahrheitsgehalt durch mehrmalige Veröffentlichung in der "Neo" Faschistenpresse hinlänglich bewiesen sei. So auch im Artikel der "Jungen Freiheit".

Bei der Auflistung der "Beweise" für die Richtigkeit des "Leuchter Berichtes" wird wohlweislich vermieden, auf Inhalte einzugehen. Deshalb an dieser Stelle ein paar Informationen dazu: Die Hartnäckigkeit, mit der die "Auschwitzlüge" in Publikationen brauner Coleur breitgetreten wird, weist auf ihre existentielle Bedeutung hin. Der "Leuchter Bericht" hat in diesem Rahmen die Funktion, durch den Anschein von Wissenschaftlichkeit wesentliche Fragen auszublenden: 1) WO wurden die untersuchten Proben entnommen? Sie können ebensogut aus wiedererrichteten, restaurierten oder gleichalten Anlagen in und um Auschwitz stammen. Bei der Exkursion Leuchters war keine integere Kommission anwesend, die die Herkunft beglaubigen könnte. 2.) WELCHE METHODE wurde zur Überprüfung angewandt? Eine Suche nach Spuren von (wasserlöslicher) Wasserstoffzyanidsäure (Rückstände von Zyklon B) in einem Baumaterial, das 45 Jahre der Witterung ausgesetzt war, muß schon vom Ansatz her als Täuschung geplant sein, um überhaupt einen Sinn zu ergeben. Als "Beweis" sind solche Messungen irrelevant. 3.) AUF WELCHEN VERGLEICHSWERTEN beruhen die Hypothesen Leuchters? US-amerikanische Gaskammern werden mit den Todesfabriken von Auschwitz gleichgesetzt: Wenn wir Berichte von Überlebenden lesen, die beschreiben, wie die Menschen bei Öffnung der Gaskammern im Tode ineinander verkeilt waren, so wird klar, daß eine US-amerikanische Einzelhinrichtung damit in keiner Weise vergleichbar ist. Dieser Vergleich ist aber eines der Hauptargumente Leuchters für die Unmöglichkeit von Vergasungen in Auschwitz.

"In seinem 'Bericht' bemüht Fred Leuchter noch andere Pseudo-Argumente zugunsten der Hirngespinste der Revisionisten ...Mr. Leuchter weist zurecht darauf hin, daß man, um Blausäure in gasförmigen Zustand zu bringen, den entsprechenden Raum bis zu einer Temperatur (+ 25,7° C) aufheizen muß ... Daraus schließt er kategorisch - und er wiederholt es achtzehn Mal! -, daß unter diesen Umständen die fraglichen Räume keine Gaskammern sein konnten. Dies ist lo-

Der Bundesminister der Justiz

II B 1 a - 4021-2-2-1 II-21044/91
(Geschäftszeichen: bei Antwort bitte angeben)

5300 Bonn 2, den 4. Februar 1991
Heinemannstraße 6, Postfach 200365
Telefon: (0228) 58-1
bei Durchwahl 58 4238
Teletex: 228506 – BMJ
Telefax: (0228) 584525

Frau
Lisa Böhne
c/o Antifa-Archiv
Postfach

4500 Osnabrück

Sehr geehrte Frau Böhne,

für Ihr Schreiben vom 15. Januar 1991, das mir Gelegenheit gibt, ein Mißverständnis auszuräumen, danke ich Ihnen.

Das von Ihnen zitierte Schreiben des Bundesministeriums der Justiz war Teil eines Schriftwechsels zwischen einer Privatperson und dem Bundesministerium der Justiz und hat bedauerlicherweise, da nicht der ganze Schriftwechsel sondern nur dieses eine Schreiben weiterverbreitet wurde, zu Mißverständnissen geführt. Es ist zutreffend, daß in dem Schreiben vom 13. März 1990 der Leuchter-Bericht als eine "wissenschaftliche Untersuchung" bezeichnet wurde. Damit sollte aber auf keinen Fall eine Bewertung der Untersuchung vorgenommen werden, zumal das Bundesministerium der Justiz für eine solche Bewertung auch keine Zuständigkeit hat. Zutreffen der wäre es gewesen, die Bezeichnung "wissenschaftliche Untersuchung" nicht zu gebrauchen. Dies ist auch richtiggestellt worden. Leider hat der Adressat des damaligen Schriftwechsels die Richtigstellung nicht zur Kenntnis genommen bzw. zur Kenntnis nehmen wollen.
Nach Auffassung des Bundesministeriums der Justiz vermögen die von Leuchter zu den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek gemachten Ausführungen die geschichtliche Tatsache, daß im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges die Ausrottung rassischer Minderheiten - insbesondere des europäischen Judentums - von den nationalsozialistischen Gewalthabern systematisch - auch unter Zuhilfenahme von Gaskammern - betrieben wurde nicht in Frage zu stellen. Dies belegen insbesondere die Erkenntnisse, die in den vielen Strafverfahren, die sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen zu befassen hatten, gewonnen wurden.
Das von Zündel verbreitete Rundschreiben war mir bisher nicht bekannt. Über die Bezugsquellen des "Leuchter-Reports" liegen hier keine Erkenntnisse vor.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Dr. Dannreuther

Beglaubigt
Wolff
Regierungsangestellte

gisch und zutreffend, wenn man es mit einem Raum zu tun hat, in dem ein oder zwei Personen exekutiert werden. In Auschwitz aber ging es darum, eine kompakte Masse von Personen zu vergasen, die in einem hermetisch abgeschlossenen Raum zusammengepreßt waren. Eine solche Masse aus nackten menschlichen Leibern erhitzt innerhalb weniger Minuten die Atmosphäre, die Wände, die Decke und den Boden auf weit über 25,7°, ohne daß dazu irgendeine Heizungsanlage vonnöten gewesen wäre."(Quelle: Dachauer Hefte 7/1991, G.Wellers: Der "Leuchter-Bericht" über die Gaskammern von Auschwitz) Um von der Dürftigkeit des "Leuchter-Report" abzulenken wird in der Geschichtsfälscherpresse als beliebtester "Wahrheitsbeweis" ein Schreiben aus dem Bundesjustizministerium zitiert. So auch im erwähnten Artikel in "Junge Freiheit", wo sich zum x-ten Mal die Behauptung findet: "Der Bundesjustizminister bezeichnete den 'Report' seinerzeit als 'eine wissenschaftliche Untersuchung'..." "Seinerzeit", im Mai 1990, wurde ein Antwortschreiben aus dem BM.d.Justiz in "Nation u. Europa" Heft 5/90 als "Dokument des Monats" abgedruckt. Dieser Brief wurde weder wie behauptet vom Justizminister persönlich geschrieben, noch sagt er etwas über den Wahrheitsgehalt des "Leuchter Berichtes" aus. Zur Verdeutlichung: Da die vorangegangene Anfrage des Schreibers wohlweislich nicht mit veröffentlicht wurde, ist nicht zu erkennen, worauf sich die Antwort bezieht. Das veranlaßte mich, beim BM. d.Justiz anzufragen, was es mit diesem "Wahrheitsbeweis" für eine Bewandtnis hat. Weil die Antwort für die "Beweisführung" der "Neo"-faschisten von größter Wichtigkeit ist, drukken wir sie im vollen Wortlaut ab.

Vernetzung

Die NPD plant nach Angaben von "NATION" unter Führung des Arbeitskreises "Neue Medien und Techniken" eine bundesweite Rechner-Vernetzung per Modem. Verantwortlich für die Durchführung des Projektes und "NATION"-Lesern wärmstens ans Herz gelegt wird **Herbert Welsch**, erreichbar über die Fax-Nr. 089/2605663. Auch könnten NPD-Meldungen jetzt über den Bildschirmtext (btx) der Bundespost empfangen werden, was den Empfängerkreis von NPD-Informationen beträchtlich erweitert hätte. Über öffentliche BTX-Anschlüsse ist die angekündigte Information aber anscheinend nicht zu erhalten. Weder unter dem Stichwort Parteien, dem Anbieterkürzel "NPD", national oder anderen sich anbietenden Stichwörtern war eine NPD-Information zu bekommen. Sollte die erwähnte Januar-Aktion nur ein Strohfeuer gewesen sein? **Sendbühler** als Verfasser der Notiz geht jedenfalls davon aus, daß die NPD spätestens Ende des Jahres "über ein aktuelles Programm verfügt, (und) auch die elektronischen Medien (habe), es an das geeignete Publikum zu bringen." (Quelle: NATION 2/92)

Sönke Braasch

Rechts von der Union


Schützinger

Zu der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 5.April treten erstmals drei rechtsextreme Wahlparteien in Konkurrenz zueinander an. Neben den auf Reputierlichkeit bedachten "Republikanern" stellen sich die altgediente NPD sowie die erst am 3.Oktober 1991 gegründete "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL), eine Sammlungspartei aus REP, NPD, DVU und DSU, den knapp 7,2 Millionen Wahlberechtigten.

Es geht bei dieser Wahl um die Hegemonie innerhalb des rechten Lagers, Wahlkampfkostenerstattung, die bei der Ein-Prozent-Marke beginnt, und um die Präsenz in den Medien. Zulässige Doppelkandidaturen, Verzicht auf ErsatzbewerberInnen sowie Wahlkampfeinsatz von den benachbarten bayerischen Verbänden sollen die strukturellen Schwächen aller drei Parteien kaschieren helfen.

Flächendeckend in allen 70 Wahlkreisen des Südwest-Staates treten nur die "Republikaner" an. Angeführt werden die REP vom Landesvorsitzenden, Rechtsanwalt **Christian Käs**, und von Dr. **Rolf Schlierer**, Stadtrat in Stuttgart und ehemaliges kooptiertes Präsidiumsmitglied des "Studienzentrum Weikersheim e.V.", einem konservativen think tank unter Vorsitz des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten und Marinerichter a.D. **Hans Karl Filbinger** (CDU). Erklärtes Ziel der "Republikaner" ist der Einzug in den Stuttgarter Landtag. **Uwe Thenn**, Landeswahlkampfleiter und ehemaliger REP-Bezirksvorsitzender Nordbaden, sieht seine Partei mit einem Ergebnis von 6-8% bereits im Landesparlament. Zweistellige Prozentzahlen in den größeren Städten sollen den Erfolg ermöglichen. Die Auguren vom Bodensee bis Mannheim schließen ein Wahlergebnis jenseits der 5-Prozent-Hürde nicht aus. Das umstrittene Allensbacher "Institut für Demoskopie" (IfD) prognostizierte jüngst knapp 5 Prozent für die **Schönhuber**-Truppe. Deren Konkurrenten NPD und DL erhalten demzufolge zwei beziehungsweise ein Prozent. Bei der letzten Bundestagswahl vom 2.Dezember 1990 erzielten die REP in Baden-Württemberg mit 3,2 Prozent ihr zweitbestes Landesergebnis. Bei der Europawahl im Jahr zuvor votierten 8,7 Prozent für die Newcomer von rechtsaußen. Die Kommunalwahlen vom 22.Oktober 1989 bescherten den "Republikanern" Mandate in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg, Heilbronn, Heidenheim, Stuttgart, Ludwigsburg, Esslingen und Ulm. Mit 0,96 Prozent verfehlten die "Republikaner" bei der Landtagswahl 1988 noch die Ein-Prozent-Marke.

"Deutsch bleibt unser Land!", Wahlkampfparole der NPD, heißt es in 90 Prozent aller Wahlkreise. Kandidat in Weinheim und in Mannheim II ist der Bundes- und Landesvorsitzende, Stadt- und Kreisrat, **Günter Dekkert**. Beim offiziellen Wahlkongreß der NPD in Weinheim an der Bergstraße (Nordbaden) am 8.März, offenbarte der Oberstudienrat a.D. Deckert sein Credo: "Wir sind, leider, keine Führerpartei. Denn sonst wäre mein Wunsch Führerbefehl." In ihrer dort vorgestellten Wahlkampfplattform bekennen sich die "Nationaldemokraten" zum Geschichtsrevisionismus: "Wir treten ein für eine objektive Geschichtsschreibung! Wir sagen JA zum **Revisionismus**." Am 10.November 1991 war der US-amerikanische Revisionist **Fred Leuchter**, er bestreitet die systematische Vernichtung von Juden mittels Gaskammern in Auschwitz, zu Gast bei Deckert in Weinheim. Ein Revisionismus-Kongreß am selben Ort wenige Wochen zuvor wurde in letzter Minute untersagt. Geladen waren zum 1.September 1991 der Rechtsanwalt Dr. **Werner Schaller**, Wien, das ehemalige NPD-Vorstandsmitglied **Udo Walendy** (65), Vlotho, Herausgeber der revisionistischen "Historischen Tatsachen", **Karl Philipp**, Frankfurt am Main, Autor in zahlreichen rechtsextremen Publikationen und der französische Revisionist **Henry Roques**, Paris.

Den "Nationaldemokraten" wird es sicherlich nicht gelingen, an das Traumergebnis aus dem Jahr der Großen Koalition anzuknüpfen. 9,8 Prozent gaben 1968 bei der Landtagswahl ihre Stimme zugunsten der NPD ab. 1988 optierten 2,1 Prozent für die NPD und machten sie vorübergehend zur stärksten Kraft des rechtsradikalen Lagers.

Die "Deutsche Liga", der Landesverband konstituierte sich unter Führung des ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden sowie Stadt- und Kreisrat **Jürgen Schützinger** (39) erst am 13.Oktober vergangenen Jahres, bekam lediglich in 43 Wahlkreisen die Zulassung vom Landeswahlleiter. **Martin Mußgnug** (56), Stadtrat und fast zwei Jahrzehnte lang Bundesvorsitzender der NPD, kandidiert für die "Liga" in Tuttlingen-Donaueschingen. In den beiden württembergischen Wahlkreisen Reutlingen und Münsingen/Hechingen führten Wahl- und Urkundenfälschung zum Ausschluß der "Liga". Hausdurchsuchungen bei Anhängern der neonazistischen "Heimattreuen Vereinigung Deutschlands" (HVD), einer lokale Nachfolgeorganisation der "Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) unter der Führung des vorbestraften **Andreas Rossiar** (25), brachten die Manipulationen zugunsten der DL an den Tag. Daß dies kein "Ausrutscher" der "Liga" war beweist der Besuch von Wahlkampfveranstaltungen durch die Neonazis. Aufmerksam machte die "Liga" auf sich im Wahlkampf als Trittbrettfahrerin im Fall Haider. Als der baden-württembergischen FDP der geplante Wahlkampfauftritt des österreichischen Rechtsaußen und FPÖ-Vorsitzenden **Jörg Haider** in Stuttgart-Bad Canstatt zu heiß wurde, bot sich kurzerhand die "Deutsche Liga" als Veranstalterin an. Gilt Haider doch neben **Jean-Marie Le Pen**, Führer des "Front National" in Frankreich, als Vorbild der extremen Rechten in der Bundesrepublik. Jetzt kommt Haider erst im Mai und das Land der Schwaben und Badener ist den bislang einzigen Höhepunkt eines betulichen Wahlkampfs wieder los.

Der in Programmatik, Personal und Plakaten ("Asylbetrüger raus") wie eine Kopie der NPD wirkende "Liga" kann es nur um die Wahlkampfkostenerstattung gehen. Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz vom vergangenen Jahr, die bislang einzige Teilnahme an einer Wahl, erbrachte der damals als "Deutsche Allianz" firmierenden "Vereinigten Rechten" ein Ergebnis von 0,2 Prozent. **Rainer Vogel**, ehemaliges NPD- und REP-Mitglied und inzwischen Beisitzer im Bundesvorstand sowie stellvertretender Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen der DL, gibt sich entsprechend bescheiden: Ein "Achtungserfolg" jenseits der Ein-Prozent-Marke und die "REP raushalten". Unabhängig vom Wahlausgang aber werde die Partei weitermachen.

Die Gründung eines Landesverbandes in Niedersachsen unter Führung von Dr.med. **Rigolf Hennig** und unter Mitarbeit von **Norbert Margraf**, ehemaliges NPD- und REP-Mitglied, stehe unmittelbar bevor. Hessen laufe inzwischen ohne den ehemaligen Landesvorsitzenden der "Republikaner" **Erich Fuchs** und in Bremen sei mit einer Überraschung zu rechnen. In der ehemaligen DDR sind mit Ausnahme des Landesverbandes Berlin-Brandenburg keine Aktivitäten zu verzeichnen. Dort wurde das ehemalige Landesvorstandsmitglied der NPD und ehemaliger stellvertretender Berliner Landesvorsitzender der REP, **Frank Schwerdt**, zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurde **Peter Gilian**, zuvor Landesvorsitzender der REP in Brandenburg.

Eine weitere Abspaltung der FAP, die 1990 gegründete "Nationale Offensive" (NO), tritt in zwei Wahlkreisen, Konstanz und Singen, an. Kandidat der militanten Neonazis ist der ehemalige "Junge Nationaldemokrat" **Gunter Boschütz**, Bundesvorsitzender der am 4.Mai 1991 gegründeten "Deutschen Reichsjugend" (DRJ). Ersatzbewerber im Wahlkreis Konstanz ist **Gunnar Senger**, ebenso freier Journalist wie Boschütz.

Carsten Meyer

"Sauerländer Aktionsfront" gegründet

Den Aufbau "nationaler Kameradschaften" betreibt seit September letzten Jahres eine "Sauerländer Aktionsfront" im hessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg, sowie im benachbarten Hochsauerlandkreis(NRW). In vor Schulen und in Discothequen verteilten Handzetteln werden "alle Skinheads, Hooligans und sonstige Deutsche, die ihre nationale Einstellung nicht nur für sich behalten..., sondern aktiv nach außen vertreten" wollen, zu tätiger Unterstützung aufgefordert.

Für ihre Agitation greift die Aktionsfront auf Flugblätter eines "Freundeskreises Freiheit für Deutschland" zurück, deren Inhalte auf die hochentwickelten Wahnvorstellungen ihrer Autoren bzw. Verteiler schließen lassen: Geplant sei ein "Völkermord am deutschen Volk" mittels "systematisch betriebener Überfremdung durch fremdrassige Invasoren"; Juden werden als "Krummnasenbohrer" diffamiert, deren Wunschziel eine "Welt ohne Deutschland und die Deutschen" sei. Das Flugblattsortiment in Sachen "Vergangenheitsbewältigung, Holocaust und Überfremdung" bietet der auch vom Verfassungsschutz in Baden-Württemberg als rechtsextrem befundene Freundeskreis allen an, die vor dem Problem stehen," deutsche Landsleute politiscch kurz und sachlich überzeugen zu müssen".

Überzeugungswillige sammelt der Bromskirchener **Thomas Fink**, der den Aufbau der Kameradschaften koordiniert und anleitet, in einer für dieses politische Spektrum noch ungewöhnlichen Weise: Am 31.08.91 rief die Aktionsfront zu einem "Skinkonzert" in Meschede auf. Die Veranstaltung, so die Verfassungsschutzbehörde des Landes NRW, sei von etwa 650 Personen besucht worden.

Eine Anfrage vor dem hessischen Landtag ergab ferner, daß Fink an seinen früheren Wohnorten Ulm und Günzburg in verschiedenen rechtsextremen Organisationen tätig war, u.a. in FAP und NPD. Unerwähnt bleibt, daß der 25 jährige seit etwa 12 Jahren "nationalpolitische Jugendarbeit" betreibt. In seinem Heimatort Günzburg entstand 1985 ein "Leserkreis" der illegal erscheinenen "Publikation des nationalen Widerstandes", der "Neuen Front", eine in verschiedenen Städten aktive Tarnorganisation der 1983 verbotenen ANS-NA Michael Kühnens. Schon im folgenden Jahr konnte das Blatt über den begonnenen "Aufbau eines Zentrums(Eigentum!)" in der Kleinstadt berichten. Wie ein Inserat in dem antisemitischen Hetzorgan "Sieg" zeigt, fungierte Fink zu diesem Zeitpunkt als Kontaktperson einer "Kameradschaft Günzburg", von der die Polizei am 13. August 1986 Transparente sicherstellte, die mit Parolen, wie "Rudolf Hess - gestorben für Deutschland", "Deutschland erwache" und "Nieder mit der Demokrötie" versehen waren.

Von dem für seine Rolle bei der Niederschlagung des Putschversuches am 20. Juli 1944 erst zum Oberst und dann zum Generalmajor beförderten **Otto Ernst Remer**, wird Fink Ende 1989 mit der Führung der "Bismarck-Jugend" beauftragt. Er will die Jugendlichen anleiten "zu den Tugenden des Kameradschafts- und Corpsgeistes zurückzufinden. Wir müssen wieder Selbstdiziplin erlernen und Opferbereitschaft; allesamt Tugenden, die anknüpfen an die hohen Ideale soldatischen Kameradschaftslebens". Ein 22 jähriger Anonymus, der das Lernziel erreicht hat, schreibt: "Wenn Europa das künftige Jahrtausend bestehen soll, muß es nach den Idealen der Waffen-SS gestaltet werden". Der Artikel,aus dem das Zitat stammt, findet sich in dem Organ der 1983 von Remer gegründeten "Deutschen Freiheitsbewegung e.V.(DDF)", deren Jugendorganisation die "Bismarck-Jugend" ist. Der DDF-Vorsitzende, **Georg Albert Bosse**, Wolfsburg, sieht die "Weißen Völker", speziell aber die Deutschen, durch eine jüdische Weltverschwörung in ihrer Existenz bedroht. Den nichtjüdischen Völkern werde durch Umerziehung ihr Begehren nach eigenem Volkserhalt abgetötet, man wolle sie künstlich zu gesichts- und geschichtslosen Völkern erniedrigen, damit sie dem jüdischen Weltmachtstreben nicht mehr im Wege stünden. Dieser Weltsicht folgend, wird die millionenfache Ermordung europäischer Juden unter Hitler von DDF-Mitgliedern geleugnet und als "Geschichts- und Propagandalüge" dargestellt. Menschen, die wie die NDR-Redakteurin Lea Rosh an der historischen Tatsache des Holocaust festhalten, werden, insbesondere dann, wenn sie jüdischer Abstammung sind, übel bedroht: "Wer stoppt die Rosh? Eine Frau wie diese, darf nicht länger auf deutschen Bildschirmen ihr Gift versprühen". An anderer Stelle wird die Forderung erhoben, daß "hinfort die Verbreitung von Lügen und Verleumdungen gegen unser Volk und die bösartige Entstellung seiner Geschichte als Verbrechen des Völkermordes zu werten sind und in- und ausländische Täter... durch deutsche Gerichte unnachsichtig zur Verantwortung gezogen werden.".



Thomas Fink

Als Versuch Strukturen zu schaffen, die derartige Zielvorstellungen einmal verwirklichen sollen, muß der Aufbau der "Sauerländer Aktionsfront" gewertet werden. Ihre Gründung scheint Teil von Finks Plan zu sein, "überall in unserem von Fremdarmeen besetzten Restdeutschland Kameradschaften mit nationalgesinnten Mädchen und Jungen zu gründen". Im Kreis Waldeck-Frankenberg wird er dabei unterstützt von **Gisela Robel-Pitzner**, einer ehemaligen NPD-Funktionärin, die für derartige Solidaritätsdienste bekannt ist. Sie schenkte 1985 der NPD ihr Ferienhaus im norditalienischen Iseo, daß diese seither als Parteischulungszentrum nutzt. Ihr gehört auch das von Fink und seiner Frau Luise, geborene Wallner, bewohnte Haus in Bromskirchen, über das die NPD bis Anfang 1991 kostenlos verfügen konnte. Politisch hoch aktive Kameradschaften entstanden inzwischen in Korbach, Frankenberg und Meschede. Das politische Engagement dieser Gruppen beschränkt sich nicht nur auf Flugblattaktionen und Kameradschaftsabende, für die Fink und sein Gefolgsmann **Thomas Kubiak**, Hallenberg, noch ein Kameradschaftsheim suchen, es kennt augenscheinlich auch handgreifliche Aktionen. Diese Erfahrung mußte ein junger Mann machen, der angegriffen und zusammengeschlagen wurde. Am 12.12.91 schreibt dazu die "Frankenberger Allgemeine": "Drei oder vier Männer seien über das Opfer hergefallen. Die Kripo schließt nicht aus, daß es sich bei den Tätern um Rechtsradikale handelt. Gegenüber den Beamten hatte der Überfallene erklärt, daß er während eines Discoabends in Bromskirchen Flugblätter mit rechtsradikalem Inhalt verbrannt hätte. Zwei Tage später sei er daraufhin telefonisch aufgefordert worden, sich "aus Aktionen herauszuhalten". Der Anrufer, so die Kripo weiter, habe sich mit "Bismarck-Jugend" gemeldet.".

Anton Maegerle/Rosa Weiß

Mit Haftbefehl gesuchter Nazi in Baden-Württemberg wohnhaft

Thies Christophersen, ehemals SS-Sonderführer im Vernichtungslager Auschwitz und heute "einer der bekanntesten rechtsextremistischen Publizisten" (Bundesministerium des Innern) hat sich unbemerkt von der Öffentlichkeit einen neuen Reisepaß in Baden-Württemberg besorgt; unbeschadet der Tatsache, daß gegen ihn seit Ende 1986 in der Bundesrepublik "gefahndet" wird.

Offiziell ist der Antisemit **Christophersen** seit dem 18.Juli 1991 im württembergischen Ehningen (Kreis Böblingen) "wohnhaft".

Der 74jährige Aktivist, der in den 60er Jahren entstandenen internationalen Revisionismusbewegung, die den Holocaust an den Juden leugnet und das Geschichtsbild des Nationalsozialismus apologetisch aufpolieren möchte, bemühte sich bisher vergeblich vom dänischen Exil-Aufenthalt in Kollund aus, beim bundesdeutschen Generalkonsulat in Aabenraa/DK einen Ersatz für seinen abgelaufenen Reisepaß zu bekommen. Abgelehnt wurde dies mit der Begründung, daß der Verdacht bestehe, der Paßbewerber wolle sich einer Strafverfolgung oder Strafvollstreckung entziehen.

Auch beim zuständigen Amt in Süderbrarup (Kreis Schleswig-Flensburg) führten die Versuche des wegen Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen, Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Verächtlichmachung des Staates und Volksverhetzung rechtskräftig Verurteilten Ewiggestrigen nicht zum Erfolg. In Süderbrarup hätte er nämlich persönlich erscheinen müssen, was -wegen zweier vorliegender Haftbefehle der Flensburger Staatsanwaltschaft- umgehend zu seiner Verhaftung geführt hätte.

Dank seiner "Bauernschläue" und wohl mittels juristischer Beratung seines Hamburger Rechtsanwaltes **Jürgen Rieger** hat der parteilose Rechtsextremist (zuvor Mitglied der CDU, der Deutschen Partei und der NPD) zwischenzeitlich auf legalem Wege einen neuen Reisepaß in Ehningen erhalten.

Ganz offiziell ließ sich Christophersen, Liebhaber klassischer Musik und Autor der über 100.000 fach vertriebenen berühmtberüchtigten "Auschwitz-Lüge", bei einer Gesinnungskameradin in Ehningen als Untermieter nieder. Seinen Paß holte er gar selbst im Rathaus ab.

Reisen trotz Haftbefehl

Das ungehinderte Ein-und Umherreisen in der Bundesrepublik -trotz Haftbefehls- begründete Christophersen in einem Telefoninterview damit, daß ihn die zuständigen Strafbehörden "nicht haben" wollen. "Wenn ich über die Grenzen komme, passiert nichts." Im übrigen, so Christophersen, "sei die noch zu verbüßende rechtskräftige Strafe nur noch ein halbes Jahr" und gesundheitlich "ist es nicht mehr so toll mit mir."

Tatsache ist, daß Christophersen immer noch einer der aktivsten Gegenwartsrechtsextremisten ist, deren braune Karriere schon als Mitglied der Hitler-Jugend begann. Nach Dienst bei der Wehrmacht und SS -zwischendurch heiratete er am 20.April (an Führers Geburtstag!) 1943-übernahm Christophersen nach 1945 einen vom Vater geerbten Bauernhof in Mohrkirch-Kälberhagen bei Flensburg. 1969 übergibt er den Hof, auf dessen Gelände mit 40 Hektar sich 20 Milchkühe und 100 Mastschweine tummelten, an seinen Sohn, um sich seiner neuen Tätigkeit als "Agrarjournalist" zu widmen. Ein Jahr zuvor wird er zum Landesgeschäftsführer der "Notgemeinschaft Deutscher Bauern" (NDB) gekürt, deren Verbandsorgan "Deutscher Bauer" (Auflage: 2.000 Exemplare) wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten vom DSZ-Verlag des Münchner Pressezars Dr. **Gerhard Frey** übernommen wurde. Christophersen arbeitet dann zeitweilig als Schriftleiter unter Frey, wird jedoch wegen redaktioneller Unstimmigkeiten entlassen. Erste journalistische Sporen verdiente sich Christophersen als Mitautor des 1938 erschienen Buches "Die Kieler Hitlerjugend", gegen dessen Herausgabe "seitens der NSDAP keine Bedenken" bestanden. Nach seiner Entlassung ruft er postwendend die Neonazi-Postille "Die Bauernschaft" ins Leben, die noch heute vierteljährlich mit ca. 5.000 Exemplaren erscheint und weltweit verschickt wird. Die Gründung einer "Bauern-und Bürgerinitiative" (am 20.Juni 1990 im Vereinsregister beim Amtsgericht Hannover gelöscht und aufgelöst), nach Darstellung der Abteilung Verfassungsschutz im Kieler Innenministerium zeitweilig die einzige neonazistische Gruppe in Schleswig-Holstein, folgt im November 1971. Ein Jahr darauf lädt er symbolträchtig mit **Manfred Roeder** vor der "entarteten" Kasseler Kunstausstellung eine Fuhre Mist ab.

Mit der Broschüre "Die Auschwitz-Lüge" (Vorwort:M.Roeder), die Christophersen 1973 in seiner Schriftenreihe "Kritik-Die Stimme des Volkes" (Gründung: 1971) publiziert, wird der Alt-Nazi international bekannt und kann von da an seine Stellung als einer der eifrigsten rechtsextremen Publizisten in der Bundesrepublik ausbauen.Um strafrechtlichen Konsequenzen zu entgehen, entzieht sich Christophersen schließlich im Dezember 1986 einer drohenden Haftstrafe nach Dänemark, wo er heute noch in Kollund (4 km hinter der deutsch-dänischen Grenze) unmittelbar nördlich der Flensburger Förde lebt.

Auslieferungebegehren

Von dort vertreibt er -ein Auslieferungsbegehren des Kieler Justizministeriums wurde am 6.Juni 1988 vom Landgericht Sonderburg abgelehnt, da eine Auslieferung nur dann möglich ist, wenn eine in der Bundesrepublik begangene Straftat auch gegen die Gesetze des Königreichs verstößt- ungehindert übelste nazistische und neonazistische Propaganda. Über seinen "Nordwind-Verlag", der auch in der "National-Zeitung" inseriert, sind Bücher wie Hitlers "Mein Kampf", Himmlers "Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampfformation" oder auch die NS-apologetische Propagandaschrift "Leuchter-Gutachten" erhältlich. Im Dauerangebot finden sich SS-Runen, SA-Abzeichen, SS-Totenköpfe zum Annähen ... Neu im Programm ist die "Auschwitz-Lüge" -nunmehr auf Video!

Anzeigen verschiedenster rechtsextremer Gruppierungen, darunter auch aus den Schweiz, Großbritannien und den USA, belegen eine Bindegliedfunktion des in der Regel ca. 80 Seiten umfassenden Blattes.

Enge Verbindungen unterhält Christophersen zu dem führenden dänischen Neonazi und langjährigen Vorsitzenden der "Weltunion Nationaler Sozialisten" (WUNS) **Poul Riis-Knudsen**, der in seinem "Nordland Forlag" in Alborg auch Schriften Christophersen druckt und herausgibt.

Neben publizistischer Tätigkeit und Materialversand widmet Christophersen seine Arbeitskraft der Organisation von regelmäßigen Treffen des "Leser- u.Freundeskreises" der "Bauernschaft". Eine dieser nicht-öffentlichen Veranstaltungen fand vom 10.-12. November 1989 im Hotel National im elsässischen Hagenau (nahe bei Karlsruhe) statt. Mit dabei waren neben bundesdeutschen Rechtsextremismus-Größen wie **Udo Walendy**; aus Großbritannien **David Irving**, aus Frankreich **Robert Faurisson** (Autor der Schrift "Es gab keine Gaskammern") und -eigens aus Kanada angereist- **Ernst Zündel**, Papst des Revisionismus. Den Sonderbus zur Anreise für die Kameraden im Großraum Karlsruhe und Stuttgart besorgte **Helga Jacob** aus Ehningen!

Anton Maegerle/Sönke Braasch

"Menschenrechtspolitik" unter obskurem Mäntelchen!

20 Jahre "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM)

Den 2o.Geburtstag kann die in Frankfurt/Main ansässige "Internationale Gesellschaft für Menschenrechte" (IGFM) auf ihrer Jahreshauptversammlung (Motto: "Menschenrechte im Aufwind"), die am 14.und 15.März d.J. im 20.ooo Einwohner-Städtchen Bensheim (Hessen) stattfand, begehen.

Gegründet wurde die obskure Menschenrechtsorganisation am 8.April 1972 als "Gesellschaft für Menschenrechte" (GFM; 1981 in IGFM umbenannt) unter führender Beteiligung von Mitgliedern der russischen Exilorganisation "Bund russischer Solidaristen" (NTS). Beim militant antikommunistischen NTS handelte es sich ursprünglich um Überbleibsel der pro-zaristischen "Weißen-Armee-Fraktion", die zu Beginn der dreißiger Jahre aus dem Schoße der terroristischen Emigrantenorganisation "Allgemeiner russischer Soldatenbund" (ROWS) erwuchs.

Nach dem Überfall von Hitler-Deutschland auf die Sowjetunion hatten NTS-Gruppen maßgeblichen Anteil an der Liquidierung der jüdischen Bevölkerung. Selbstredend kämpften NTS-Mitglieder auch in den Reihen der Kollaborationstruppe des russischen Generals **Wlassow**. Mit der Niederlage Hitler-Deutschlands verlagerten die weißen Untergrundkämpfer ihre Arbeitsschwerpunkte ins Ausland - unter anderem nach Westdeutschland.



Vorsicht! Der rechtsradikale Theo Kotzenbauer, Inhaber von Videodal, filmt gern AntifaschistInnen

Ihren Eigenangaben zufolge ist es "Ziel und Zweck" der in der Bundesrepublik 3.5OO Mitglieder starken IGFM, "Menschen, die ohne Gewalt die Menschenrechte verwirklichen wollen, zu helfen." Tatsache ist dagegen, daß die "Menschenrechtsorganisation" von Anbeginn ihrer Tätigkeit auf dem "rechten Auge" völlig blind war und stattdessen lieber Solidaritätskampagnen für das Apartheidsregime in Südafrika, übelste antisozialistische Propaganda bezüglich der Staaten des Ostblocks oder einen Destablisierungsfeldzug gegen das demokratische Nicaragua betrieb; psychologische Kriegsführung als Maxime der politischen Weltanschauung!

Antikommunistische Organisationen und Vereine waren und sind bei der "Menschenrechtsorganisation" gern gesehen und werden wie die "Paneuropa-Union" oder das "Brüsewitz-Zentrum" hofiert. Bis Mitte der siebziger Jahre war gar der rechtsextremistische "Hochschulring Tübinger Studenten" (HTS), dessen Vorsitzender **Axel Heinzmann** heute einer der führenden Köpfe der bundesweiten Kampagne von Rechtsextremisten -unter Führung der "Nationalen Offensive" (NO)- zur Freilassung des SS-Oberscharführers **Josef Schwammberger** ist, korporatives Mitglied der GFM.

Rechtsextremistischen Hintergrund hatte auch der langjährige kommissarische IGFM-Geschäftsführer **Jörn Ziegler**, der bis 1974 Mitglied im neonazistischen "Unabhängigen Schülerbund" (USB) des NPD-Ideologen **Hans Michael Fiedler** war.

Sektionen der IGFM, deren Vorsitzender in der Bundesrepublik seit 1981 der Mediziner **Reinhard Gnauck** (1935 in Breslau geboren) ist, der 1959 die DDR verließ, finden sich heute in: Argentinien, Australien, Belgien, BRD, CSFR, Ecuador, Frankreich, Gambia, Griechenland, Großbritannien, Israel, Italien, Kanada, Lettland, Litauen, Mauritius, Namibia, Österreich, Rumänien, Schweiz, Spanien, Ungarn und den USA.

Nationale Gruppen in der GUS gibt es in Baku, Berg-Karabach, Moskau, Nischnij-Nowgorod, St.Petersburg, Ural und Urdmurtien/Ischewsk. Assozierte Gruppen sind in Finnland, Kuba, GUS (Alma-Ata, Moskau, Novosibirsk), Georgien und Thailand vertreten. (Stand: Februar 1992)

Aktivitätsstärkste Gruppe der IGFM ist die bundesdeutsche Sektion, deren Kassenbericht für 199O Ausgaben in Höhe von 3.166.O63.,26 DM ausweist. Trotz hoher "allgemeiner Verwaltungskosten" in Höhe von 55O.1O4,67 DM wurde von der IGFM ein Überschuß von 21.257,46 DM erzielt.

Im gleichen Jahr machte die bundesdeutsche IGFM durch den Vertrieb von 13 verschiedenen Flugblättern mit einer Gesamtauflage von 324.OOO Stück und fünf Rundschreiben mit einer Gesamtauflage von 6O.OOO Stück bundesweit auf sich aufmerksam; die Zeitschrift "Für die Menschenrechte" erschien sechsmal im Jahr mit einer Gesamtauflage von 64O.OOO Exemplaren und die Zeitschrift "Menschenrechte" in fünf Ausgaben mit einer Gesamtauflage von 25.OOO Stück. Daneben wurden sieben Dokumentationen mit insgesamt 1.5OO Stück veröffentlicht.

Nachdenklich muß stimmen, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in seinem schriftlich vorgelegten Gruß die Arbeit lobte und diese in ihrem Wirken bestätigte.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Antifaschistische Konferenz

Die "15. Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in Nordrhein-Westfalen" findet im Juni 1992 in Köln statt.

Die Konferenz soll nach Meinung der OrganisatorInnen Informationen bieten über die Entwicklung des Neofaschismus, über Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. "Dabei wäre nach rassistischen Positionen in etablierten Parteien und Organisationen ebenso zu fragen, wie der rassismusbegriff zu klären ist. In der Debatte über die Bedingungen von Ausländerfeindlichkeit könnte auf die Verschärfung sozialer Konflikte und die wachsende Verunsicherung eingegangen werden, während zugleich aber auch die Funktion des Nationalismus untersucht werden müßte. Und in welchem Zusammenhang steht das mit den Bestrebungen, den Einfluß Deutschlands und Europas nach Ost und Süd auszudehnen, dort zu verstärken? Welchen Zielen und Zwecken dienen Nationalismus und Rassismus im Europa 92? Welche Rolle kommt dabei den neofaschistischen Organisationen zu? Meinen wir dasselbe, wenn wir über Faschsimus oder Neofaschismus sprechen?" Weiter heißt es in der Einladung zum Vorbereitungstreffen: " Antifaschistische Proteste, Aktionen und Strategien sind gefragt. Für Interessierte und Aktive muß die Konfrenz hier Möglichkeiten für den Erfahrungsaustausch bieten. Es muß über ein wirksames Vorgehen nachgedacht werden. Wann und wo sind sozialpädagogische Konzepte erfolgreich? Wann und warum muß der Schutz von Unterkünften der Asylbewerber durch Antifaschisten sichergestellt werden? Wie ist dem neofaschistischen Terror zu begegnen? Was ist zu tun im Alltag der Schule, in den Betrieben?"

Diese und weitere Fragen werden auf der 15. Landeskonferenz diskutiert werden. **Weitere Informationen und die Vorbereitungstreffen können erfragt werden bei: Landesweite Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW, Volmerswerther Str. 76, 4000 Düsseldorf 1**

Internationales Treffen

Im niederländischen Eindhoven findet vom 8. bis 10 Mai ein internationales Treffen antifaschistischer Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen statt. Hier werden auch Delegationen u. a. aus Frankreich, Dänemark, Norwegen, Großbritannie, schwedenn und der CSFR erwartet.

Genauere Informationen bei der VVN-BdA Aachen, K. Heiler, Tel. 0241503429

ANTON MAEGERLE

"Dem Haß keine Chancen??"

CDU/CSU-Tagung zur Ausländerfeindlichkeit in Hoyerswerda

"Dem Haß keine Chancen" lautet ein Artikel über Arbeitsergebnisse einer Fachtagung der CDU-nahen "Konrad-Adenauer-Stiftung" zum Problem der Ausländerfeindlichkeit, der in Nr.1/1992 der "Kommunalpolitischen Blätter", des "Organs der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands" (Sitz: Düsseldorf) zu lesen ist.

Die vierteljährlich erscheinenden "Kommunalpolitischen Blätter", die nach eigenen Angaben 75.000 Mandatsträger, Beamte und Dienststellen in Bund, Länder und Gemeinden erreichen, wissen zu berichten, daß auf Einladung des "Kommunalpolitischen Institutes" rund 400 Kommunalpolitiker und Verwaltungsfachleute aus der ganzen Bundesrepublik zusammentrafen, um gemeinsam aus Hoyerswerda ein "positives Signal" zu senden.

Ein durchaus löbliches Unterfangen, wäre da nicht von sogenannten Experten hanebüchener Mist bezüglich ausländerfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen verzapft worden!

Ausgehend von der Verhaltensforschung eines **Konrad Lorenz** (27.3.1989 verstorben), ehemals Mitglied der NSDAP und Aktivist im Patronatskomitee der 1969 vom führenden Theoretiker der französischen Neuen Rechten, **Alain de Benoist**" (geb. 1943), ins Leben gerufenen rassistischen Zeitschrift "Nouvelle Ecole", die eng mit mit der ultrarechten G.R.E.C.E. ("Forschungs-und Studiengruppe für europäische Kultur") verbunden ist, machte Prof.Dr.Felix von Cube, Direktor des Erziehungswissenschaftlichen Seminars der Universität Heidelberg deutlich, "daß Aggressionen dem Menschen durch seine Triebanlagen vorgegeben sind, die selbst durch Erziehung nicht abgebaut werden können, sondern höchstens in andere Bahnen geleitet und vernünftig eingesetzt werden können."

Weitere Weisheiten wußte Prof.Dr.Roland Eckert vom Lehrstuhl für Soziologie der Universität Trier beizusteuern: "Auf die Ausländerfeindlichkeit und hier auf die Aggressionen der Jugendlichen bezogen, kann aufgrund der wissenschaftlichen Erfahrungen davon ausgegangen werden, daß die meisten aggressiven Jugendlichen vielfach schlechte Beziehungen zu ihren Eltern besitzen." Fazit des Wissenschaftlers: "Eine Hilfe ist in dem Falle oft schwierig."

Zwingende Logik des Seminarergebnisses: "Im Sinne von Armin Ahrendt, Bürgermeister aus Hoyerswerda, hat sicherlich die Veranstaltung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts unter der Leitung von Franz Schuster dazu beigetragen, Verständnis für die Situation der Ausländer, aber auch für die der ausländerfeindlichen Jugendlichen bei den Verantwortlichen zu wecken."

Täter und Opfer in einem Topf.

Kongreß "Zukunft der Gedenkstätten"

Vom 6. bis 8. November findet in Salzgitter ein Kongreß zur Zukunft der Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus statt.

Die InitiatorInnen begründen die Notwendigkeit dieses Kongresses damit, daß die Gedenkstätten zur Erinnerung an Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus besonders in der ehemaligen DDR zum Teil existentiell bedroht sind. Die Auseinandersetzung um die kommerzielle Nutzung der Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück und des KZ Dora, sowie die Kontroversen um die inhaltliche Ausgestaltung der Gedenkstätten Sachsenhausen und Buchenwald belegen dies anschaulich. Zahlreiche kleinere Stätten der Erinnerung wurden stillschweigend demontiert.

Auch die Gedenkstättenarbeit in den alten Bundesländern befindet sich im Umbruch. Neue Möglichkeiten durch das verstärkte Engagement kommunaler Träger und von Landesregierungen stehen im Widersdpruch zu veränderten gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die sich teilweise in inhaltlichen Auseinandersetzungen, im Rückgang von Besucherzahlen etc. ausdrücken. Ein Problem der Gedenkstättenarbeit ist nach Ansicht der InitiatorInnen die fehlende Vernetzung mit den Verfolgtenverbänden, vor allem den Lagergemeinschaften und den Organisationen, die sich in der Tradition des antifaschistischen Widerstandes verstehen.

Diesen fehlenden Kontakt zu konstatieren, sei nicht mit "Schuldzuweisungen" verbunden, sondern von dem Willen und der Überzeugung getragen, daß dies in einem offenen Dialog mit allen relevanten Gruppen und Organisationen zu überwinden wäre, meinen die InitiatorInnen.

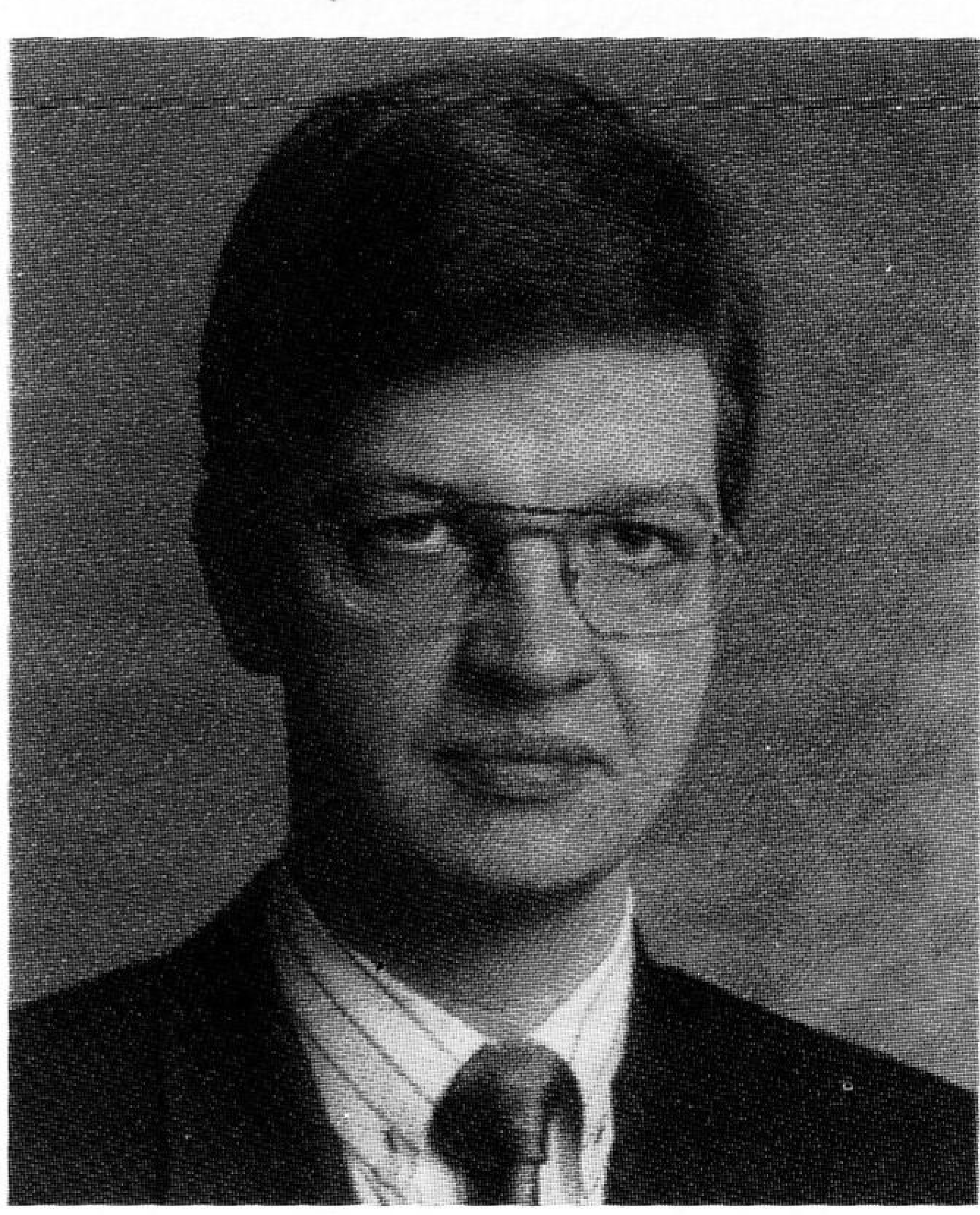
Vorbereitet wird der Kongreß von verschiedenen Lagergemeinschaften, der FIR, der VVN-BdA und VdA, der IVVdN und Antifa-Bund der Antifaschisten in Zusammenarbeit mit der Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Informationen über VVN-BdA Nds. Rolandstr. 16, 3000 Hannover 1

Peter Schulz-Oberschelp

FDP - rechtsschwenk marsch

Die Einladung des FPÖ-Vorsitzenden **Jörg Haider** durch den Ortsverband Cannstatt der FDP, mitten im baden-württembergischen Wahlkampf, ist bundesweit bekanntgeworden. Auch die durch übergeordnete Parteigremien schnell ausgesprochene Ausladung. Aktivitäten der FDP-nahen Konrad-Dehler-Stiftung lassen jedoch vermuten, daß diese Einladung kein "Ausrutscher", sondern Ausdruck einer vor sich gehenden Annäherung zwischen Teilen der FDP und Rechtsextremisten ist. So soll die Stiftung auf einem Wochenendseminar vom 20. bis 22. 9. 1991 in Nürnberg Thesen und Ergebnisse der "Revisionisten" zur Ausschwitz-Lüge veranstaltet haben, auf der der Schweizer **Arthur Vogt** als Vertreter der Revisionisten als Referent geladen war. Die Gegner dieser "Revisionisten" waren anscheinend nicht gefragt. Die Gegenposition wurde durch **Werner Wegner** vertreten, der seine Kenntnisse ausgerechnet in Backes/Jesse/Zitelmanns "Die Schatten der Vergangenheit" publizierte, ein Buch, das **Adolf von Thadden** in "Nation Europa" dem Leser als durchweg gelungen und zur Lektüre empfohlen beschreibt. Zu dem Wehler`schen Beitrag schreibt Thadden: "Er kommt zu dem Resultat, daß die kürzlich von Polen beseitigte Zahl von 4 Millionen Opfern um mehr als das vierfache überhöht sei. Das Thema wird sicher noch eingehend vertieft und erweitert werden." (NE 1/91). Diese Art von "Vergangenheitsbewältigung" soll nach der "Jungen Freiheit" Graf Lambsdorff selbst auf den Plan gerufen und bei der Dehler-Stiftung zur Intervention genötigt haben. Viel geholfen hat es anscheinend nicht. Denn in "Nation Europa" 2/92 wird über ein weiteres Wochenendseminar der Dehler-Stiftung zum Thema "Konservatismus und Liberalismus - die weltanschauliche Auseinandersetzung der Zukunft", das im Januar in Nürnberg stattfand, berichtet. Die hier aufgebotene Schar Referenten hat es nun wirklich in sich. Den Überblick über das Thema gab **Karlheinz-Weißmann**, häufiger Autor in MUT und Criticon. Über die "Konservative Publizistik in der BRD von 1945 bis heute" referierte **Hans-Ulrich Kopp**, bekannt als Mitherausgeber der "Jungen Freiheit", Alter Herr der rechtsextremen Münchener Burschenschaft Danubia. Und zum Thema "Der Liberalismus als Hauptfeind in der Sicht der Neuen Rechten" war kein geringerer geladen als **Pierre Krebs**, Leiter des Thule-Seminars in Kassel. Wir dürfen gespannt sein, was die Dehler-Stiftung in Zukunft anbieten wird.



Karlheinz Weißmann, ständiger Mitarbeiter der rechtsaußen-Zeitschrift "MUT".

Filmtip: Das Geschäft. Der Nazi-Weg zu Diktatur und Krieg



Der Weg der Nazis zur Macht 1933, als das Geschäft der Großindustriellen, ihrer Politiker und Militärs, als Investition in Diktatur, Aufrüstung und Krieg. Über die Verhältnisse, die das ermöglichten:

* Niederschlagung der Novemberrevolution und Rettung der Mächtigen des Kaiserreiches

* Wiederaufrüstung gegen Versailles

* Weltwirtschaftskrise und Autoritätspolitik gegen das Volk

* Finanzierung der Nazis durch die Großindustrie

* Widerstand der Arbeiterbewegung; sein Scheitern durch Spaltung und Inkonsquenz

Das alles in Originalfilm- und Tonaufnahmen mit Musik und Liedern der Zeit - als sei's ein Stück von heute. (schwarzweiß, ca. 95 Min.)

Bestellung über Unidoc, Westenhellweg 19, 4600 Dortmund 1

Andre Schlecht

Im Osten was neues

Der Begriff "Multikulti" geistert seit geraumer Zeit durch die Landschaft der Bundesrepublik, als positive Entsprechung des guten alten Antirassismus versucht er sich zu etablieren, obwohl eigentlich keineR so genau sagen kann, was damit eigentlich gemeint ist. Die Losung "Vielfalt statt Einfalt" dient häufig in ihrer Unkonkretheit als Erklärungsvorschlag. So ist es nun auch nicht verwunderlich, wenn so manch eineR diese Losung allzu ernst nimmt und in der unreflektierten "Vielfalt" die Lösung für ein real existierendes Problem zu sehen glaubt.

Daß "Vielfalt" und "Einfalt" sich aber nicht automatisch ausschließen müssen, beweist jene "Multikulti-Fete" der Jungsozialisten aus Magdeburg, die genau unter obiger Losung stattfinden sollte. Sie sollte bestehen aus einem durchaus vielfältigen musikalischem Teil, unterbrochen von zwei Talkrunden zu den Fragen "Was ist eine multikulturelle Gesellschaft?" und "Ist in Deutschland eine multikulturelle Gesellschaft überhaupt möglich?"

Warum diese Begebenheit überhaupt erwähnenswert ist, wird deutlich, wenn mensch sich die Liste der Talk-Gäste anschaut: Dort sind angekündigt **Mirko Czerwinsky**, Kreisgeschäftsführer der NPD Salzwedel sowie **Andreas Kitter**, Vorsitzender der NPD Magdeburg. Was folgende Leute bewog, mit ihnen auf das Podium steigen zu wollen, bleibt unklar: Hans-Jürgen Kaesler (Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Sachsen-Anhalt), Cüneyd Sözbir (Multikulturelle Förderstelle Bochum), Dr. Gerlinde Kuppe (sozialpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt), Ullrich Stockmann (MdEP, Sozialistische Fraktion), Claus Radzwill (Rechtsanwalt, Berlin), Hans -Jochen Tschiche (Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Grüne im Landtag Sachsen-Anhalt), Guido Till (Sozialdezernent Halle).

Wer denn nun alles wirklich kam, ist nicht bekannt, nicht gekommen ist der ebenfalls eingeladene Muzaffer Perin, Bezirksvorsitzender der Jusos Braunschweig, der sich leider bis jetzt nur intern distanziert hat, dafür aber zwei Menschen aus dem Bundesvorstand der Jusos, die zusammen mit einigen angereisten Braunschweiger AntifaschistInnen gegen den Auftritt der Faschisten protestierten und diskutierten.

Gesehen wurde dort Holger Apfel, Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten Niedersachsen und die Jusos aus Magdeburg teilten mit, das anstelle eines der beiden angekündigten NPDler jener aus dem Frankfurter Stadtparlament komme. Gesehen wurde er nicht.

Aufgrund einiger Rangeleien, provoziert von einigen stark angetrunkenen Gästen, wurde die Veranstaltung noch vor dem ersten Auftritt eines der Faschisten für beendet erklärt.

Peter Schulz-Oberschelp

Wartburg '92

Im Februar traf sich der bundesweite Arbeitskreis "Wartburg `92" ein drittes Mal. Neben aktuellem Informationsaustausch über Aktivitäten von studentischen Verbindungen (so soll eine reine Verbindungsliste an der Tierärztlichen Hochschule Hannover auf Anhieb die Mehrheit bei den im Januar stattgefundenen StudentInnenparlamentswahlen errungen haben) und einem Beitrag zur politischen Strategiedebatte in der Deutschen Burschenschaft nach der "Vereinigung" ging es um die Vorbereitung der Konferenz über das Verbindungswesen in Jena im Juni 1992.

Unter dem Titel "Das Wartburgfest 1917. Studentische Korporationen gestern und heute." wird die Konferenz vom 19. - 21. 6. 92 in den Räumen der Universität (geplant) mit gemeinsamen Plena und Arbeitsforen stattfinden. Die Foren befassen sich mit folgenden Themen: 1. Sitte und Brauchtum im Männerbund 2. Elitekonzeptionen versus Chancengleichheit 3. Korporationen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus 4. Geschichte und Geschichtsbild der studentischen Verbindungen. Für die aktuelle Bedeutung des Verbindungswesens scheint das von ihnen praktizierte Seilschaftenprinzip, gerade was die Bildung von politischen und wirtschaftlichen Eliten angeht, von besonderer Bedeutung zu sein. Die Ausbildung im Bund signalisiert dem künftigen Chef das Vorhandensein von Einstellungen und Verhaltensweisen, die er wünscht. Und das Seilschaftenprinzip wird damit gerechtfertigt, daß es ja gang und gäbe sei in dieser Gesellschaft, so zu verfahren. Wer irgendwo etwas werden wolle, müsse sich eben bestimmten Parteien oder Gruppen anschließen. Die Wahl der einen oder anderen Verbindung reduziert sich dann auf den persönlichen Geschmack des Einzelnen (Geschmäcker sind bekanntlich verschieden), der bevorzugt werde. Die besseren Chancen bei der Einstellung, durch die Bekanntschaften Alter Herren vermittelt, stellen nichts weiter dar als das allgemein benutzte System, wenn es um höhere Posten, Unistellen usw. gehe. Kann Mann überhaupt bayrischer Ministerpräsident werden, ohne vorher den Schliff einer katholischen Verbindung erhalten zu haben?



Im Herbst, spätestens zum Wartburgfest selber (Oktober), wird ein handliches Taschenbuch erscheinen, das die Geschichte des Verbindungswesens von 1817 bis heute wiedergibt, angereichert mit einigem Dokumentarmaterial und zu einem erschwinglichem Preis produziert (ca. 15 DM, 180 Seiten).

Ein letzter, besonders strittiger Diskussionspunkt betraf mögliche Aktivitäten in Zusammenhang mit dem Wartburgfest der Korporationen im Herbst diesen Jahres. Nach Informationen aus der ehemaligen DDR wird mit einer großen Selbstdarstellungsschau der Herrschaften gerechnet. Es werden Teilnehmerzahlen um die 10.000 Korporierte gehandelt. Diese werden versuchen, gerade nach dem Anschluß der DDR, sich selbst als die Träger demokratischer Tradition in Deutschlands seit 175 Jahren darzustellen. Für Eisenach selbst, den Ort, an dem das Spektakel ablaufen wird, bedeutet das Treffen eine nicht unerhebliche Einnahmequelle. Dazu kommt, daß Korporationen in der DDR verboten waren, sich demnach als Opfer des DDR-Staatsapparates ausgeben, und eine unter vielen neuen "Errungenschaften" der BRD darstellen. Kurz gesagt, sie werden allgemein durchaus nicht als reaktionär eingestuft. Diese Argumente wurden vorgebracht, um die Meinung zu begründen, warum man/frau am Ort des eigentlichen Geschehens im Oktober nicht präsent sein solle. Es reiche aus, aufklärerische Flugblätter zu verteilen, die Eisenacher Bevölkerung dürfe auf keinen Fall durch entlüftete Reifen und klirrende Scheiben verängstigt und damit emotional auf die Seite der Korporationen gebracht werden. Eine Demonstration sei nicht anzustreben. Gegen diese, milde gesagt, reine Defensivtaktik, sprach sich am Ende der Diskussion die Mehrheit der TeilnehmerInnen des Treffens aus. Im Oktober jährt sich zum 175sten Male das Wartburgtreffen. Das ist kein beliebiges Datum, sondern ein Grund zur Heerschau des gesamten Verbindungswesen. Gerade nach dem Zusammenbruch der DDR, gerade jetzt werden sie versuchen, sich als die beständigsten Demokraten in diesem unserem Lande darzustellen. Dazu stehen ihnen, ihren Verbindungen sei's gedankt, gute Kontakte zu Medien zur Verfügung. Das Wartburgfest wird eine zur Schau-Stellung sein. Wer dem entgegentreten will, wer zeigen will, daß diese Herrschaften eben nicht die demokratische Tradition dieses Landes vertreten, ihre vereinzelt nachweisbare Verbindung zum Neofaschismus heute keine "Endgleisung", sondern gute, alte Tradition im Sinne der Politik der Korporationen in den 20er und 30er Jahren darstellt, der muß an Ort und Stelle darauf aufmerksam machen. Kurz gesagt, wer gegen den Spuk angehen will, muß am Orte des Geschehens anwesend sein. Zugleich wurde klar, daß bei der üblichen Berichterstattung der Medien jegliche Form von Gegenaktion nur sichtbar wird, wenn sie gleichzeitig mit dem Traditonstreffen der Korperation stattfindet. Nur wer im Oktober in Eisenach anwesend ist, wird zeigen können, für welche Position er eintritt. Aus diesen Gründen kann ein öffentlich wirksamer Auftritt gegen das Verbindungswesen nur am Ort des Geschehens erreicht werden. Aus diesem Grunde ist es nötig, eine bundesweit organisierte Demonstration gegen das Verbindungswesen in Eisenach im Oktober 1992 zu organisieren. Zur Vorbereitung dieser Demonstration soll ein erstes Koordinationstreffen in Marburg am 25. 4. 92 um 11 Uhr (Ort stand noch nicht fest) stattfinden. Was in Eisenach im Oktober während des Wartburgfestes der Korporationen abläuft, soll auf der Konferenz am Samstagnachmittag in Jena besprochen werden. Wer sich zum Treffen der Korporationen in Eisenach an Gegenaktionen beteiligen mächte, der wende sich an: Antifa-Archiv Osnabrück, Postfach 1211, 4500 Osnabrück Zu der Konferenz soll ein Plakat und ein Faltblatt mit dem Aufruf und den Modalitäten für die Teilnahme herausgegeben werden. Wer Interesse hat, an der Konferenz teilzunehmen oder sie zu unterstützen, der wende sich an "Projekt Wartburg 1992", c/o Geschichtswerkstatt Marburg, Liebigstr. 46, 3550 Marburg. (Spenden erwünscht)

ANTON MAEGERLE

MURABITUN

Muslimische Polit-Sekte auf dem Vormarsch

Eine "kleine Gruppe von deutschen Muslimen aus allen Lebensbereichen" (Eigenbezeichnung), die überwiegend aus Studenten besteht, organisiert vom südbadischen Freiburg aus ihren bundesweiten Vormarsch.

Die muslimische Polit-Sekte "MURABITUN" mit Niederlassungen in München, Dresden (hier unter der Bezeichnung "Die Neue Turmgesellschaft"), Zürich, London, Johannisburg, Kuala Lumpur, Mexico City und weltweitem Sitz in Granada/Spanien bietet ein einzigartiges Konglomerat an alt- u. neurechtem Gedankengut, gepaart mit Religion.

Hofiert werden Steigbügelhalter des Nationalsozialismus wie **Ernst Jünger** ("letzter Künder des alles verzehrenden Wandels unseres Zeitalters") und **Martin Heidegger** ("eigentlich ungehörter Vorbote des anderen Anfanges") oder **Ernst Nolte** ("Noltes Interpretation der Ereignisse... hat große Auswirkung auf unser Geschichtsverständnis."), Apologet der Neuen Rechten.

Anknüpfend an ideologisches Gedankengut der "Konservativen Revolutionäre" der Weimarer Republik, finden sich in Schriften der "MURABITUN" zivilisationskritische, antiwestliche und elitäre Werte; demokratische Systeme werden unverblümt verunglimpft. In den "Grundinformationen" von "MURABITUN" ist zu lesen: "Demokratische Herrschaft ist die Dienstleistungsindustrie für die Welt-Finanz".

In der UNO sehen die religiösen Polit-Jünger, die in Freiburg ein eigenes Haus -mit Geschlechtertrennung- und eine "Freiheits-Bücherei" unterhalten, "das Polizeiinstrument der Welt-Finanz, um die Entfaltungen regionaler Freiheit zu unterbinden und den Status Israels als über dem sogenannten Internationalen Recht stehend zu garantieren."

'Wie Goebbels will man an den Werten vor der Französischen Revolution anknüpfen: "Aktives Nicht-Wählen ist der Weg zur Entkleidung der antiquierten politischen Institutionen, die nach 1789 errichtet wurden. "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind nicht gefragt.

Die Welt liegt nach Auffassung von "MURABITUN" in der Hand der "Priesterschaft der Banken-und Medien-Oligarchie", an deren Spitze die Juden stehen. Kredite und Zinsen vergiften das weltweite Klima. Bis zur "Brechung der Zinsknechtschaft" des NS-Wirtschaftstheoretikers Gottfried Feder ist es da nicht mehr weit.

Dem Autor des vorliegenden Beitrages ist ein offizielles Programm der obskuren Organisation nicht bekannt. Stattdessen vertreibt "MURABITUN" eine Broschüre mit dem Titel "Die Befreiung von Eumeswil", die von antisemitischen und antizionistischen Versatzstücken nur so gespickt ist. Um sich vor strafrechtlichen Konsequenzen zu schützen, wird darauf hingewiesen, daß es sich um eine "fiktiv-historische Studie" handelt. Ungeniert kann so fabulisiert, gehetzt und zum Pogrom aufgerufen werden.

Der Inhalt der Broschüre ist schnell erzählt: Ein Netzwerk von jüdischen Bankiers kontrolliert den gesamten Reichtum der Welt, das Börsen-und Banken-Netzwerk bestimmt die Politik. Die Massen sind geschlechtskrank, drogenabhängig, die Jugend gleicht Robotern, die unter Konsumzwang leiden.

In Anlehnung an die von der zaristischen Geheimpolizei in die Welt gesetzten "Protokolle der Weisen von Zion" wird dem Leser vorgegaukelt, daß die Juden (=Yadschudsch) das "Projekt einer Kontrolle über den 'Westen'" und die restliche Welt verfolgen. Finanziert wird dieses Vorhaben indirekt durch die Deutschen, die von den Juden seit 1945 wegen der "grob übertriebenen" Verfolgung, die sie "während des zweiten Weltkrieges" erleiden mußten, "ausgepreßt" werden.

Die westlichen Staaten (=Madschudsch) werden als Langzeitsklaven der Juden beschrieben, deren Ziel "in der Vision des mythischen, friedvollen Weltstaates mit ihrem bürgerlichen Frieden, der durch eine Weltpolizei gewahrt" wird, liegt. Madschudsch zeichnen sich durch den "magischen Glauben an die heiligen Schriften ihrer verschiedenen Verfassungstexte." aus.

Die jüdische Religion wird als "primitiver Totenkult" eingestuft, "der von der Energie lebt, die aus dem Lamentieren über die heiligen Opfer, der Pilgerfahrt zu ihren Kultplätzen (nicht gebrauchten Konzentrationslagern) und dem Weinen vor den 'immerwährenden' Gedächtnisflammen gewonnen wird".

Aufgerufen wird in der Broschüre zur "weltweiten Intifada gegen das Welt-System der Yadschudsch und Madschudsch", die in der Forderung nach "Liquidierung der Zins-Wucher-Elite-Yadschudsch und Madschudsch" gipfelt.

In den Wunschträumen der "MURABITUN"-Jünger erwachen die Massen durch die Ausbreitung eines neubelebten Islam ("Islam ist Hören und harmonisches Sich-Einfügen in die göttlich-gegebene Gesetzlichkeit der Existenz."), beseitigen die gottlosen Systeme Kommunismus und Kapitalismus und rufen Allahs Reich aus.

"MURABITUN": eine muslimische Polit-Sekte mit primitivstem antisemitischem und antizionistischem Gedankengut, dessen Kern sich in einem Satz zusammenfassen läßt: Die Juden sind an allem schuld.

Messias mit dem Hakenkreuz

Die äußerst finanzstarke Mun-Sekte ("Vereinigungskirche") erfreut sich beeindruckender Beziehungen zu einflußreichen Geschäftsleuten, Wissenschaftlern, Medienmachern, Militärs und Politikern. In seinem unlängst erschienen Buch "Der Messias mit dem Hakenkreuz" weist der Journalist Thomas Klaus nach, daß die Mun-Sekte eine tragende Säule des internationalen Rechtsextremismus darstellt und selbst vor der Zusammenarbeit mit Terroristen, Waffenhändlern und Geheimdiensten nicht zurückschreckt. Kontakte zur italienischen Geheimloge P2, zu menschenverachtenden Diktaturen sowie die Verquickung mit dem Südkoreanischen Geheimdienst KCIA macht Klaus zum Gegenstand seiner Recherchen.

Mit Zitaten aus dem Munde des selbsternannten Messias Mun und seiner Jünger weist Klaus den faschistoiden Charakter der Mun-Sekte und deren Umfeldes überzeugend nach.

Latente Gewaltbereitschaft, militanter Antikommunismus und ausgeprägter Antisemitismus auf der einen und enge Beziehungen zu führenden Politikern der westlichen Welt sowie zu renommierten Wissenschaftlern auf der anderen Seite lassen das Mun-Imperium zu einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie werden. Das vorliegende Buch liefert ganz dem Anliegen des Autoren entsprechend wichtiges Material für eine offensivere "Auseinandersetzung mit dem destruktiven Kult made in Südkorea".

Unbefriedigend an der Veröffentlichung sind die häufig fehlenden bzw. ungenauen Quellenangaben. Auch das Personenregister könnte eine gewissenhafte Überarbeitung vertragen.

Thomas Klaus:
Der Messias mit dem Hakenkreuz, Verlagswerkstatt, Merazhofen/Aurich 1991

SEKTEN

Thomas Klaus

"Die Republikaner": Wir sind die DM-Partei

-Wahlkampf-Strategie-Ergänzung auf Kreisvorsitzenden-Treffen - Mit Kampf gegen neue Euro-Währung um Wählerstimmen buhlen

Neben den Forderungen nach Beendigung des "Asylmißbrauchs", Stärkung der Inneren Sicherheit und Bekämpfung des Drogenproblems hat es den "Republikanern" (REPs) neuerdings ein weniger klassisches rechtspopulistisches Thema angetan: die "Bedrohung der DM und des deutschen Wohlstands durch die Währungseinheit ECU und die Europäische Gemeinschaft".

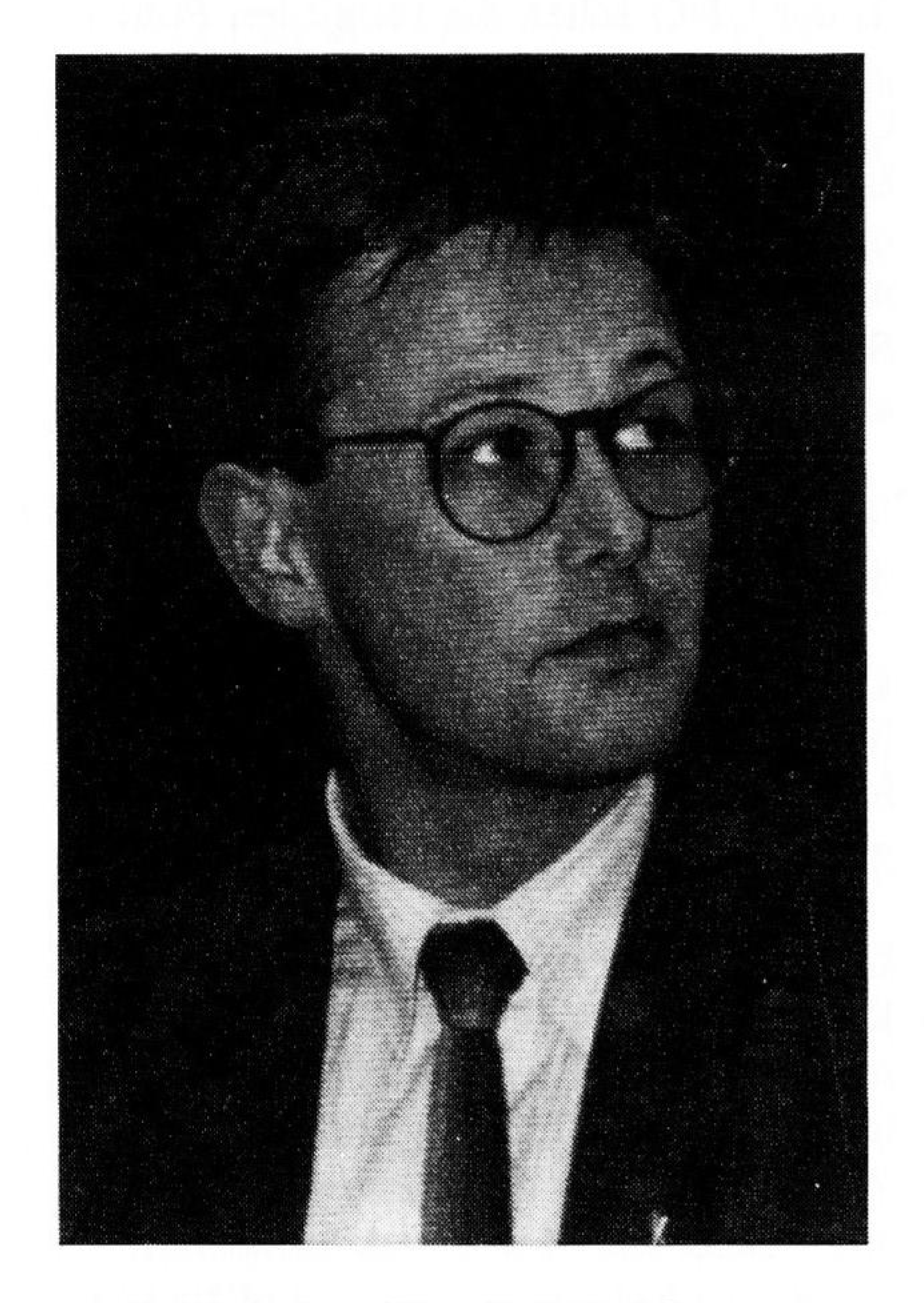
Als viertes Standbein wird die Kampagne "Retten wir die D-Mark" die Landtagswahlkämpfe in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg (Termin des Urnenganges: 5. April 1992), vor allem jedoch die "Schlacht" um den Einzug in Bundestag und Europäisches Parlament 1994 prägen. Diese grundlegende strategische Orientierung der "Republikaner" erläuterte ihr Top-Funktionär **Alexander Hausmann** (Starnberg) nach einer Unterredung mit REP-Chef **Franz Schönhuber** auf einer Kreisvorsitzenden-Versammlung in München-Giesing.

"Ewige Zahlknechtschaft"

Der 40jährige Finanzberater Hausmann sitzt im REP-Bundesvorstand. Dort fungiert er als finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher, seit Anfang Februar 1992 zudem als Leiter des Wirtschafts-Arbeitskreises der Gesamtpartei. Alexander Hausmann gilt als treuer Gefolgsmann Schönhubers: Auf dem Bundesparteitag am 7. und 8. Juli 1990 im niederbayerischen Ruhstorf löste er den einzigen im Bundesvorstand verbliebenen Möchtegern-Königsmörder, den Traunsteiner Richter **Walther Möbius** als stellvertretenden Bundesvorsitzenden ab.

Die Kernaussage der REP-Offensive gegen die neue europäische Währung lautet, daß Deutschland durch den "Raub" der DM dauerhaft Autarkie einbüße. Der ECU sei "Inflationsgeld" als Baustein eines "gigantischen Systems zur Ausbeutung der arbeitenden Menschen im Rahmen eines fragwürdigen Eurosozialismus". Hausmann prophezeite weiter, der deutsche Sparer werde - "wie 1948" - "wieder einmal um seine Ersparnisse gebracht", das deutsche Volk zur "ewigen Zahlknechtschaft" verurteilt.

Die Deutschen sollten "für immer gefesselt und zur Ader gelassen werden" - in das Verhängnis geführt von Politikern, die "vom Ausland hochgeschmiert" würden und zum Teil auf der Gehaltsliste des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA stünden. Würden die deutschen Politiker tatsächlich die Interessen ihrer Landsleute wichtig nehmen, orakelte Alexander Hausmann weiter, dann hätten sie nicht "ein Drittel des Volksgebietes verschenkt, weswegen wir Republikaner nur von der Teil-Wiedervereinigung sprechen". Und dann würden sie "bei den Schein-Asylanten endlich durchgreifen" und sich zunächst für einige Jahre "aus der Entwicklungshilfe verabschieden".



Schönhuber-Vize Rolf Schlierer

Aus der Sicht des REP-Bundesvorstandes ist das Thema der Euro-Währung ideal geeignet, um Stimmen zu fangen. Hausmann begründete, eine repräsentative Umfrage des Forsa-Instituts habe ergeben, daß dreizehn Prozent der Deutschen eine "DM-Partei" wählen würden (zwanzig Prozent der Befragten: "vielleicht"). Die Partei der "Republikaner" sei diese "DM-Partei".

Unterstützung für Holocaust-Leugner

Vermittelt werden soll dies über einen gewaltigen Propagandafeldzug, dessen Grundzüge von Hausmann vorgestellt wurden. In zahlreichen Zeitungen und Zeitschriften sollen Anzeigen geschaltet werden. Hausmann: "Ein besonderes Anliegen war uns das grüne Licht der 'Bild'-Zeitung. Das erfolgte inzwischen." Zusätzlich werden mehr als eine halbe Million Flugblätter unter dem Motto "Retten wir die D-Mark" unter die Leute gebracht. In der Parteizeitung "Der Republikaner" (Auflage: 140 000 Exemplare monatlich, Redaktion: Schönhuber, **Dr. Rolf Schlierer**, **Marlene Hagen**, **Burghard Schmank** und **Dr. Ursula Saniewski**) wird bereits seit Monaten für das neue Schwerpunktthema sensibilisiert. Diesen Part übernahm Alexander Hausmann.

"Mit geistiger Frische" müßten die REP-Parteigänger "an die Informationsstände treten", appellierte der Bundesvorständler und lobte den Bezirksverband München, der seiner Zeit bereits voraus war und tausende Wurfzettel gegen die neue Euro-Währung drucken ließ. Bezirksvorsitzender **Dr. Heinz F. Kremzow**, ehemaliger CSU-Aktivist und amtierender Richter am Landessozialgericht, stellvertretender REP-Fraktionsvorsitzender im Münchner Rathaus und leidenschaftlicher Streiter für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht, gehört wie Hausmann dem Bundesvorstand an.

Wichtig sei, sich nicht vom Gegner auseinanderdividieren zu lassen, erklärte Alexander Hausmann auf der Kreisvorsitzenden-Zusammenkunft in München-Giesing. Das Grübeln über ein eventuelles Bündnis mit der NPD oder der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" lohne sich nicht, weil die Stimmenergebnisse der rechten REP-Mitbewerber minimal seien.

Daß die Hausmann-Distanzierung von rechtsextremen Parteien und Organisationen, die auch in den Verfassungsschutzberichten genannt werden, rein taktischer Natur ist, zeigte sich auf der REP-Sitzung an einem kleinen, aber unübersehbaren Indiz. Es kursierten hunderte Exemplare des Anzeigenblattes "Münchner Anzeiger" und Kopien eines Solidaritätsaufrufes ihres Verlegers und alleinigen Redakteurs **Alfred Detscher**. Der seit 1959 in acht Stadtteilausgaben verbreitete "Münchner Anzeiger" entwickelte sich seit einiger Zeit zu einem Leib- und Magen-Blatt der bundesdeutschen Holocaust- Leugner. Zahlreiche Anzeigen und als "Leserbriefe" getarnte redaktionelle Ergüsse von Revisionisten kamen zum Abdruck; auch gegen die "Ausländer-Flut" wurde lautstark das Wort ergriffen. Bei der Münchner Staatsanwaltschaft sind mehrere gut begründete Strafanzeigen unter anderem wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verharmlosung von Gewalttätigkeiten und Verbreitung rechtsradikaler Propagandamittel anhängig. Die "Republikaner"-Elite von München und den Bundesvorständler Alexander Hausmann scheint's nicht zu stören.

Rechts in Kürze

Denkfabrik der Völker

Ein Frühjahrsseminar ("Denkfakrik der Völker") der "Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft" ist für den 2. und 3. Mai in Berlin geplant. Thema des Seminars: "Kann die liberale Parteienherrschaft noch Volksherrschaft realisieren".

NPD-Umfeld

Die **Arbeitsgemeinschaft heimattreuer Verbände** (AHV)plant zum 1. Mai 1992 ihr 25. Frühlingsfest.. Vorgesehen sind Konzerte eines Fanfarenzugesund eines Mandolinenorchesters, Volkstanzvorführungen, Bücher- und Informationsstände. Als Kontaktperson fungiert wie in jedem Jahr der NPD-Stadtrat **Klaus Hoffmann** aus Bad Bevensen.

Unter Leitung des NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** tagt am 3. Mai in Weinheim (Engelbrecht-Haus) das Kurpfälzer Forum zum 12. Mal. Auf dem Programm stehen Vorträge von **J. Kaltschmitt** zur Geschichte der deutschen Nationalsymbole, von **B. Dröse** zur "Geschichtsklitterung und Forschung / Schulbuch", von **H. Deuringer** zur "geduldeten und gesteuerten Überfremdung des einheimischen Musikschaffens" sowie von Deckert über das "nationale Deutschland" nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. Die Gestaltung des Rahmenprogramms obliegt der offen neonazistischen Wiking-Jugend (Gau Schwaben). Trotz ihrer engen Zusammenarbeit mit militanten Gruppierungen wie der FAP und der Nationalistischen Front, gegen die der NPD-Parteivorstand unlängst einen Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt hat, verfolgt der NPD-Vorsitzende Deckert offensichtlich eine Annäherungsstrategie in Richtung der WJ.

Kameradschaftsbund

Zu einem "Nationalen Aktions- und Kampftag mit Rahmenprogramm" lädt der Wilhelmshavener Chef des "Deutschen Kameradschaftsbundes" **Thorsten de Vries** zum 23. Mai 1992 nach Wilhelmshaven ein. In der Einladung weist de Vries ausdrücklich darauf hin, daß die geplante Aktion das Ziel verfolge, den "Aufbau einer Nationalen und Reichstreuen Einheitsfront aller Nationalen Kämpfer voranzutreiben". Der 23. Mai solle daher kein Nationaler Ausflugstag zur Selbstbeweihräucherung, sondern ein "Kampftag" werden. Als verantwortlich bzw. weisungsbefugt für die Aktion werden neben de Vries **Christian Worch** und **Thomas Wulff** ("Steiner") von der "Nationalen Liste Hamburg" genannt. Ausdrücklich weist de Vriesdarauf hin, daß "Anweisungen nur von der Veranstaltungsführung und nicht von der Polizei entgegenzunehmen" seien. Im Anschluß an die Kundgebung, die unter dem Motto " Schluß mit der DEUITSCHEN HATZ",, "Freiheit für unsere Nationalen Politischen Gefangenen" und "Deutschland uns Deutschen" steht, ist eine Saalkundgebung mit einem Konzert des rechtsradikalen "Liedermachers" **Frank Rennicke** und anschließendem "Kameradschaftsabend mit Lagerfeuer "vorgesehen. Mit Störaktionen durch AntifaschistInnen wird zwar gerechnet, doch sei, so de Vries, "die hiesige Szene als weniger militant einzuschätzen".

Die Nationalen

Als neue Rechtspartei will sich in Berlin eine Gruppierung unter dem Namen "Die Nationalen" etablieren. Da die "Republikaner ein Bündnis abgelehnt haben, will die neue Gruppierung bei den Kommunalwahlen am 24. Mai kandidieren. Am 9. Mai planen "Die Nationalen" eine "Gedenkkundgebung" vor dem russischen Militärmuseum.Motto der Veranstaltung: "Die Befreiung steht noch aus". Als Redner wurde der britische rechtsradikale Pseudohistoriker **David Irving** angekündigt.



Armanen-Orden

Zu ihrem Hauptthing lädt die "Armanenschaft" Ihre Mitglieder und Freunde vom 17. bis 24. April in den Gasthof "Grüner Baum" in Spangenberg ein. Eröffnet wird das Treffen durch die "Godenweihe" und anschließender "Ordensringversammlung". Eingebettet in dieses Treffen sind die Jahreshauptversammlung der "Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen", Vorträge, Volkstänze, Runenübungen und das "Osterwasserschöpfen" an einer "alten heiligen Donar-Quelle". Die Leiter der Armanenschaft **A. Schleipfer** und **S. v. Schlichting** sind darum bemüht, ihre Aktivitäten im Dunkeln zu halten. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß bei erstmaligem Erscheinen der Personalausweis oderähnliches mitzubringen seien. Fotografieren und Tonaufnahmen sind nicht gestattet.

"Sieg" aus Spanien

Nach der Verurteilung des Herausgebers der neonazististischen Zeitschrift "Sieg", **Walter Ochensberger**, kommen dessen internationale Kontakte zum Tragen. Die letzte Ausgabe der offen rassistischen und antisemitischen Zeitschrift wurde aus der spanischen Stadt Barcelona versandt.

HIAG-Auflösung?

Nach 41 Jahren seines Bestehens soll der Veteranenverband der ehemaligen Waffen-SS zum Jahresende 1992 aufgelöst werden. Gegen diesen Beschluß des Bundesvorstandes der "Hilfdgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" regt sich allerdings ernster Widerstand unter den Mitgliedern. Man erwägt eine Nachfolgeorganisation für die verbliebenen SS-Verbrecher zu gründen.

Unabhängige Ökologen

Der erste Landesverband der ÖDP-Rechtsabspaltung "Unabhängige Ökologen" (UÖD) wurde im Januar in Baden-Württemberg gegründet. Vorsitzender wurde der Ex-ÖDP-Landeschef Prof. Dr. Dr. **Herbert Pilch** (Freiburg). Stellvertreter wurde **Urban Schubert** (Stockach), Landesgeschäftsführer **Johannes Schellhorn** (Pforzheim).

Im Laufe diesen Jahres sollen noch Landesverbände in Niedersachsen und in Berlin-Brandenburg folgen

Unvereinbarkeitsbeschluß

Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß der ÖDP haben mit Wirkung zum 15. März einen Unvereinbarkeitsbeschluß bezüglich der Mitgliedschaft bei den "Unabhängigen Okologen" gefaßt.

Söldner für Kroatien

Kurzfristig am Einsatz gehindert wurde ein in Österreich im Aufbau befindliches Söldner-Korps. Deutsche und österreichische Neonazis aus dem Umfeld des Kühnen-Nachfolgers **Gottfried Küssel** sollten ab Mitte Januar in Kroatien als "Technisches Sanitäts-Korps" zum Einsatz kommen - allerdings "zur Verteidigung bewaffnet", so der Wiener Neonazi **Gerhard Endress**.

Nach der Verhaftung von Küssel und **Klaus-Peter Kopanski** führte das Auffliegen der "Wehrsportgruppe Trenck" um **Hermann Ussner** dazu, daß das kriegswillige Potential um einige Personen geschmälert wurde. Außer Ussner wurden **Alexander Forstenpointner, Gernot Smole, Wolfgang Artner** und **Alexander Tischler** verhaftet. Wenige Tage später kammen zudem **Günther Reinthaler** und **Hans-Jürgen Schimanek** in Haft.

Die vorerst festgesetzten "Kameraden" werden von der neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG betreut.

Sorgen macht seinen "Kameraden" auch der ehemalige Bielefelder Kameradschaftsführer Thomas Hainke. Sein Kroatien-Einsatz führte zuletzt in den Raum Ossiek: nun hat er sich bereits seit mehreren Wochen nicht mehr gemeldet.

BUCHBESPRECHUNG

Erziehung ins Massengrab

Im Sommer 1944 errichtete die Geheime Staatspolizei (Gestapo) am Kieler Stadtrand, am Ufer des Russees, ein Arbeitserziehungslager, das als "Arbeitserziehungslager Nordmark" bezeichnet wurde. Offiziell galt diese Haftstätte als Vorstufe zu einem Konzentrationslager, in das ausschließlich sogenannte "Arbeitsbummelanten" eingewiesen werden sollten.

Das Spektrum der Inhaftierten reichten "vom Geistlichen, der keine zusätzlichen Obdachlosen in sein ohnehin überfülltes Haus aufnehmen wollte, über den Bauern, der Feindsender gehört haben sollte bis hin zu Deutschen und Sowjetbürgern, die als Angehörige einer Widerstandsgruppe angesehen wurden."

Der millionenfache Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges erfolgte nur zu einem sehr geringen Teil auf freiwilliger Basis. Mit zunehmender Kriegsdauer und insbesondere in den besetzten Ländern Osteuropas war die Rekrutierung der "Fremdarbeiter" durch Zwang gekennzeichnet, der bisweilen den Charakter von wahren Verschleppungsaktionen annahm.

Die Lebensbedingungen waren katastrophal. Als "Erziehungsmittel" wurde häufig nicht nur härteste körperliche Arbeit angewandt; in "Nordmark" wurden Häftlinge buchstäblich zu Tode geschunden. Es herrschten Zustände wie in einem Konzentrationslager.

Insgesamt wurden in das Lager Nordmark über 4.000 Menschen aus mehr als zehn Ländern eingesperrt. Bis Kriegsende wurden dort fast 600 Menschen ermordet.

Der Autor setzt sich in diesem Buch mit dem dunkelsten Kapitel Kieler Stadtgeschichte auseinander.

Korte, Die Geschichte des "Arbeitserziehungslager Nordmark" Kiel-Russee 1944-45, Veröffentlichung des Beirats für Geschichte, Band 10, 24,80 DM

Aktuelle Debatte

Wer sich schnell einen Überblick über die aktuelle Debatte zu den Themen Rechtsextremismus und Rassismus verschaffen will, kann jetzt auf zwei informative Reader zurückgreifen:

I. Unter dem Titel "Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland - Soziale Ungleichheit und Gewalt" hat das "Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit für eine multikulturelle Zukunft e.V." (IDA) zahlreiche Diskussionsbeiträge in einer gut 100 Seiten starken Broschüre zusammengestellt, die vor allem Multiplikatoren in Schule und Jugendarbeit eine Hilfe sein soll. Im ersten Teil des Heftes werden Aufsätze abgedruckt, die die Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien von Fremdenfeindlichkeit in West- und Ostdeutschland untersucht haben. Im zweiten Teil folgen Beispiele der Gegenwehr. Unter anderem wird von Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer der Aufsatz dokumentiert: "Jugend und Rechtsextremismus: An den subjektiven Verarbeitungen der ökonomisch-sozialen Alltagserfahrungen ansetzen". Die Bielefelder Pädagogin Heike Buhse schreibt über "Frauen und Rechtsextremismus" und der Ostberliner Forscher Norbert Madloch beschreibt in seinem Beitrag "Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990" Kontinuitäten und Brüche rechtsextremer Organisationen vor und nach der Wende in Ostdeutschland. (Die Broschüre kann bezogen werden bei IDA, Charlottenstraße 55, 4000 Düsseldorf, Tel: 0211/1649432)

II. Die Bundestagsgruppe der PDS/Linke Liste hat jetzt die wichtigsten Referate auf der von ihr Ende vergangenen Jahres veranstalteten internationalen Konferenz "Humanismus in Verantwortung für Europa - Gegenstrategien zu Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus" unter dem Titel "In der Diskussion: Neofaschismus-Materialien" vorgelegt. Die 55 seitige Broschüre gibt einen guten Überblick über die unterschiedlichen taktischen und strategischen Mittel und Konzepte, die im Umfeld der PDS-Linken diskutiert werden. Sie kann bezogen werden über die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke beziehungsweise beim Arbeitskreis Demokratisierung und Recht der Bundestagsgruppe PDS/Linke Liste in Bonn.